Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Fernsprecher Nr. 53. Fernsprecher Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage • Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 5.00.

Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Köln 41800.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gespaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4gespaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 10 | Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab. | Freitag, 14. Januar 1921. (Felix) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | 48. Jahrgang

Gegen den Polenterror.

Frankreich auf der Suche nach dem starken Mann. — Paritätsklagen im Landtag

Neuestes in Kürze.

Berlin, 14. Jan. Der Hauptausschuß der preußischen Landesversammlung nahm am Mittwoch abend einen Gesetzentwurf betreffend die Abbürdung der Baukostenüberteuerung an. Durch diesen Gesetzentwurf werden 400 Millionen Mark bereitgestellt und damit der Bau von 18 000 Wohnungen ermöglicht.

Berlin, 14. Jan. Wie die K. V. hört, werden sich die Berliner Gewerkschaften in ihrer morgigen Sitzung mit dem Antrag beschäftigen, die sozialistischen Vertreter aus der Sozialisierungs-Kommission „zurückzuberufen", da man „diesen Unfug" nicht mehr mitmachen will.

Berlin, 14. Jan. Staatssekretär Bergmann ist nach Paris abgereist zu den Beratungen, die im Zusammenhang mit den Brüsseler Besprechungen stehen.

Koblenz, 14. Jan. Die Rheinlandkommission hat die vom Grafen E. Reventlow herausgegebene Wochenschrift Der Reichswart auf drei Monate verboten; ferner hat sie den Vertrieb der Broschüren des bekannten englischen Pazifisten E. D. Morel Der Schrecken am Rhein und Die schwarze Pest in Europa im besetzten rheinischen Gebiet untersagt.

München, 14. Jan. Im hiesigen Stadtrat beantragten die Unabhängigen unter Hinweis auf eine den Berliner Stadtverordneten zugegangene Vorlage die Erhebung von zwei neuen Steuern, nämlich einer Wohnungs- und einer Dienstbotensteuer. Uebersteigt die Zahl der Wohnräume die Zahl der zu einem Haushalt gehörenden Personen, so soll für jeden überschießenden Raum eine Luxussteuer erhoben werden. Ferner sei für alle in Privathaushalten beschäftigten Dienstboten und Angestellten eine Steuer zu entrichten, und zwar für ein Alleinmädchen 75 Mark, für den dritten Dienstboten aber schon 1000 Mark.

Paris, 14. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Washington hat der Kriegsminister das amerikanische Besetzungsheer von 15 000 auf 8000 Mann herabgesetzt.

Gegen den polnischen Terror in Oberschlesien.

Berlin, 13. Jan. Die deutsche Regierung ist in den Besitz einer Fülle urkundlichen Materials gelangt, aus dem mit Deutlichkeit hervorgeht, in welch umfangreicher Weise von gewissen polnischen Kreisen auch auf oberschlesischem Boden selbst die militärische Organisation weiter ausgebaut worden ist, auf deren Vorhandensein schon bei Gelegenheit des Aufstandes im August und September hingewiesen worden ist. Der beweiskräftigste Teil dieses Materials ist daher der Botschafterkonferenz, sowie den Regierungen in London, Rom und Paris übergeben und dabei erklärt worden, daß die deutsche Regierung sich für verpflichtet halte, erneut auf die Gefahren hinzuweisen, die dem Frieden in Oberschlesien von dieser Seite drohten. Sie habe dies im gegenwärtigen Augenblick getan, um mit Hilfe der Regierungen des Verbandes, wenn möglich, noch den Ausbruch eines Aufstandes im Abstimmungsgebiet zu verhindern, der nach allen vorliegenden Nachrichten für Mitte des Monats Januar geplant zu sein scheine. Sie habe es für ihre Pflicht gehalten, in letzter Stunde vor Taten zu warnen, die eine dem Friedensvertrag entsprechende Abstimmung verhindern und erneutes namenloses Unglück über das bereits über alles Maß von polnischem Terror gequälte Land bringen würden. Es sei nunmehr an der Zeit, dem Terror zu steuern und unter allen Umständen zu verhindern, daß er durch noch Schlimmeres, den Bürgerkrieg ersetzt werde.

Das Urteil eines Schweizer Blattes.

K. Z. meldet: In einem Leitartikel der Basler Nationalzeitung heißt es: „Nach allen bisherigen Erfahrungen muß man annehmen, daß die Polen gar nicht in der Lage wären, die Produktion Oberschlesiens in Gang zu halten. Man muß nur sehen, was unter ihrer Hand aus dem mächtigen Industriezentrum Lodsch geworden ist, und wie betrübend rasch sich Polen nach rückwärts entwickelt. Dürften doch die Aussichten der Deutschen die besseren sein, weil die Lebensverhältnisse wie die Zukunftsaussichten unter Deutschland immerhin noch wesentlich aussichtsreicher sind als unter Polen." Das Blatt meint, daß bei der Entscheidung auch die Vereinigten Staaten von Amerika, die an dem Wohlergehen Europas das größte Interesse haben, daher ein Wort mitsprechen müßten, weil mit dem Verlust Oberschlesiens jede Hoffnung für Deutschland, wieder seine geordnete und selbständige Existenz zu führen, schwinden wurde.

Die Nachfolge des Kabinetts Leygues.

Paris, 12. Jan. Um halb 5 Uhr begab sich das gesamte Kabinett ins Elysee, um dem Präsidenten Millerand das Demissionsgesuch zu unterbreiten. Präsident Millerand dankte Leygues und nahm die Demission des Kabinetts an. Bis jetzt verlautet über die Nachfolge des Ministerpräsidenten Leygues noch nichts bestimmtes. Millerand beabsichtigt, auch die Führer der bedeutendsten Parteigruppen zu empfangen, um sich mit ihnen über die Neubildung des Kabinetts zu besprechen.

Demgegenüber weiß eine andere Pariser Meldung schon mit einer Ministerliste aufzuwarten, die Peret als Ministerpräsidenten und u. a. Poincare und Briand enthält.

Das Echo de Paris stellt die Kandidatur Poincare für den Posten des Ministerpräsidenten in den Vordergrund.

Die Humanite schreibt: Eines ist sicher die reaktionäre Politik des nationalen Blockes wird nicht geschwächt aus dieser Ministerkrise hervorgehen, im Gegenteil. Mehr als je werden sich die Arbeiter auf Attentate gegen das Völkerrecht und gegen die Freiheit gefaßt machen.

Paris, 13. Jan. Millerand hat den Kammerpräsidenten und die Führer der verschiedenen politischen Parteien im Senat empfangen.

Paris, 13. Jan. Zur Ministerkrise wird gemeldet: Zur Ministerkrise wird gemeldet: Zunächst kommen zwei Lösungen in Frage: Erstens die Bildung eines Kabinetts unter Peret mit Briand, Poincare oder Viviani als Minister des Aeußern, zweitens die Bildung eines Ministeriums durch eine dieser drei Persönlichkeiten, die dann die Ministerpräsidentschaft mit dem Posten des Ministers des Aeußern verbinden solle. Nach den letzten Verlautbarungen dürfte die zweite dieser Möglichkeiten Tatsache werden. Peret wird heute von Millerand befragt.

London, 14. Jan. Die englischen Zeitungen glauben, daß durch die französische Ministerkrise eine Vertagung der Pariser Konferenz eintreten müsse, deren Verzögerung eine der Hauptursachen der europäischen Wirtschaftskrise sei.

Die Meinung der französischen Presse.

Paris, 13. Jan. Die Betrachtungen über den Sturz des französischen Ministeriums Leygues nehmen in der französischen Presse einen weiten Raum ein.

Der „Matin" meint: Die Schwere der Krise liege in der nahe bevorstehenden Konferenz der Alliierten. Weiter müsse die Kontinuität der französischen Politik in die Erscheinung treten.

Das „Echo de Paris" ist der Ansicht, daß schon lange in der französischen Politik Unruhe und Mißstimmung geherrscht habe. Die Abstimmung zeige vor allen Dingen die berechtigte Besorgnis in bezug auf die äußere Politik. Sicherlich habe Leygues nach seinem Charakter den Sturz nicht verdient. Aber man wäre nicht gerecht gegen die Kammer, wenn man diese verurteile.

Das „Petit Journal" sagt, eine so große Mehrheit stehe einzig in der parlamentarischen Geschichte da. Die Abstimmung gebe dem Präsidenten der Republik keinen Anhaltspunkt.

„Ere nouvelle" ist der Ansicht, daß das Kabinett an der Unfähigkeit seiner Mitglieder zugrunde gegangen sei.

„Action francaise" spricht die Meinung aus, jede Regierung in Frankreich werde durch den Friedensvertrag von Versailles unmöglich. Es müssen Männer ans Ruder kommen, die die lückenlose Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages verbürgen.

Die Blätter fahren fort, heute morgen Andeutungen über die Neubildung des Kabinetts zu machen. Man nennt immer noch Viviani, den Kammerpräsidenten Peret und Poincare. Marcel Hutin veröffentlicht im „Echo de Paris" eine Unterredung mit einer hervorragenden politischen Persönlichkeit. Diese antwortete ihm auf eine Anfrage, wer Minister des Aeußeren werden sollte, Barrere, der Botschafter in Rom.

„Humanite schreibt: Die Reaktionären feiern ihr Fest. Sie wünschen, daß die äußere Politik aggressiver und imperialistischer sei, daß Deutschland gegenüber schärfere Maßnahmen ergriffen werden sollen. Das waren die Wünsche des nationalen Blocks.

„Oeuvre" schreibt: Das Parlament will Lloyd George einen Ministerpräsidenten gegenüberstellen, der stärker und fester ist als Leygues.

Zu nachgiebig.

Berlin, 13. Jan. Zu dem Sturze des französischen Kabinetts Leygues meldet das „Berliner Tageblatt", daß es gezwungen worden sei, zurückzutreten, weil man fürchtete, Leygues werde bei den kommenden Verhandlungen mit den anderen Mächten nicht genügend widerstandsfähig sein.

Preußische Landesversammlung.

Paritätsklagen.

Berlin, 13. Jan. Auch heute ergab die wiederholte namentliche Abstimmung über den § 8 des Gesetzentwurfs über die Selbstbewirtschaftung der Domänen die Beschlußunfähigkeit des Hauses, und es mußte eine zweite Sitzung anberaumt werden. In dieser wurde mit der Beratung des Kultushaushalts begonnen, zu dem eine große Anzahl von Anträgen eingebracht worden ist.

Abg. König (Soz.) wünscht die Pflege des Menschheitsgedankens und lehnt jeden Herrenkult ab. Die konfessionellen Schulen müßten mehr und mehr beseitigt werden, und auch die Ausbildung der Lehrer habe nach dem Vorbild der Simultanschulen zu erfolgen. So wenig das praktische Leben nach der Konfession frage, so wenig dürfe die Schule zum Tummelplatz konfessioneller Kämpfe gemacht werden. Sie könne nur dann etwas leisten, wenn ihr die konfessionellen Fesseln abgenommen würden.

Abg. Dr. Rade (Dem.) bedauert, daß die Sozialdemokratie noch immer nicht zu einer festen Kirchenpolitik gelangt ist.

Abg. Dr. Lauscher (Zentr.): Im Haushaltsausschuß sind wir weit entfernt gewesen von der Ansicht, daß es nunmehr bedeutend besser in Preußen mit der Behandlung des katholischen Volksteiles geworden sei. Ich sage auch heute noch, daß sich die Katholiken in Preußen noch immer als Bürger zweiter Klasse fühlen müssen. In der Hochschulabteilung des Ministeriums ist noch kein Vertreter meiner Partei. Es soll überhaupt von einer Seite erklärt worden sein, daß darin kein Katholik aufgenommen würde. In der Volksschulabteilung sitzt aber nur ein einziger katholischer Vertreter. Es wurden im vorigen Jahre 20 evangelische Lehrer zu Regierungs- und Schulräten befördert, aber kein einziger Katholik. Es wurden weiter 90 evangelische Lehrer zu Kreisschulinspektoren ernannt, aber nur neun katholische. Wenn die Staatsregierung vielleicht auch das ehrliche Bestreben hat, dem katholischen Volksteil gerecht zu werden, so findet sich vielfach bei den unteren Instanzen im Lande schwerer Widerstand. In Düsseldorf war bis zum Jahre 1920 zur katholischen Fronleichnamsprozession die Zustimmung des evangelischen Presbyteriums notwendig.

Redner weist dann den Vorwurf zurück, daß die Jesuiten eine große Rolle an den katholischen Gymnasien spielen und hebt hervor, daß die Jesuiten sich in allen Ländern als hervorragende Pädagogen bewährt hätten und als solche anerkannt seien. Es sei an der Zeit, das alte Vorurteil hierüber zu revidieren. Er spricht seine Freude darüber aus, daß in Berlin jetzt endlich an der Universität eine katholische Professur geschaffen sei und ferner den Wunsch, für die pharmazeutische Chemie an der rheinischen Hochschule in Bonn einen Lehrstuhl zu schaffen.

Minister Haenisch: Allen Wünschen auf Ausbau der Hochschulen ist nach Möglichkeit entsprochen worden. Die Ausführungen des Abg. Dr. Lauscher dürften aus Wahlrücksichten gemacht worden sein. Die Leitung der Kirchen- und Schulabteilung in Koblenz ist zum ersten Male mit einem Katholiken besetzt worden. Von sechs Hilfsarbeiterstellen im Ministerium sind vier mit Katholiken besetzt worden. Von allen Neueinrichtungen sind zwei Drittel in Händen von Katholiken. Das Volkshochschulwesen will ich nicht konfessionell spalten, das heißt nicht, daß nicht Katholiken an ihnen beschäftigt werden dürften. Gerade als Dissident möchte ich nicht dem Zentrum, wohl aber dem katholischen Volksteil gegenüber das Wort wiederholen, das Gretchen zu Faust sagt: Ich habe schon so viel für euch getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Dr. Boelitz (D. Vp.): Wir wünschen eine deutsche Kulturpolitik in der Schule und darüber wünschen wir eine Erklärung des Ministers. Bei dem Auseinanderfall in Provinzen darf die allgemeine deutsche Politik nicht Schaden leiden. Leider können wir hier in 30 Minuten nicht auf alles antworten, was Herr Haenisch in seinen Reden im Lande ausgeführt hat. Es ist ja sein Recht, als Parteimann im Lande sozialistische Politik zu treiben, aber die sozialistische Politik darf sich nicht bis auf die Besetzung wichtiger Schulstellen erstrecken. Gewisse Erlasse des Ministers müssen wir direkt als Zugeständnisse an die Sozialdemokratische Partei bezeichnen. Ebenso die verfassungswidrige Errichtung weltlicher Schulen. Wir bedauern auch den Erlaß über den 18. Januar. Wir haben den Eindruck, daß an der Schule herumexperimentiert wird.

Minister Haenisch: Die Beschwerde des Abg. Lauscher, daß die Kirche nicht zu der Bearbeitung der Grundschulfrage hinzugezogen worden sei, ist grundlos. Es haben bisher nur unverbindliche Vorbesprechungen stattgefunden. Parteipolitische Rücksichten haben mich nie geleitet.

Abg. Adolf Hoffmann (Kom.): Der Herr Kultusminister befindet sich in derselben Lage wie der Zauberkünstler, der in eine Weinflasche steigen will und nicht kann. (Heiterkeit.) Schade um die Druckkosten für die Flut von Gesetzentwürfen, die dem sterbenden Landtag vorgelegt und nicht erledigt werden. Das Kultusministerium ist noch schlechter als unter dem alten Regime.

Abg. Professor Grebe (Ztr.): Wir sind der Meinung, daß der Minister bislang recht wenig getan hat. Da empfehle ich ihm zunächst die katholischen Studienassessoren. Unter den ältesten Studienassessoren sind 20 Proz. Katholiken, unter den jüngeren 33 Proz. Die äußere Blüte unseres höheren Schulwesens ist vorüber. Im Ministerium trägt man sich sogar ernstlich mit dem Gedanken an einen Abbau der bestehenden Schulen. Wir warnen ernstlich, solange noch alles im Fluß ist, diesen Gedanken auszuführen. Die Not unter den Studienreferendaren wird durch diese Entwickelung noch erheblich erschwert. Die Arbeit an den höheren Schulen leidet immer noch an den Nachwirkungen des Krieges. Die Philologenschaft hat in der Vergangenheit ihre Pflicht getan und wird sie auch in Zukunft tun. Dann muß aber auch ihre Arbeit von der Regierung entsprechend eingeschätzt werden. Meine Fraktion bedauert es lebhaft, daß bei der Besoldungsreform die Gleichstellung der Philologen mit den Juristen wieder durchgebrochen ist. Sie verlangt ausdrücklich, daß dieser Fehler in dem Besoldungsplan beseitigt wird.

Abg. Dr. Gottschalk (Dem.) Dem Abbau der Gymnasien können wir nicht beipflichten; für sie ist aber die Planwirtschaft notwendig. Die höheren privaten Mädchenschulen müssen von dem Staate übernommen werden.

Rheinischer Zentrumsparteitag.

Die Schlußreferate betrafen die Organisationsfragen.

Universitätsprofessor Konen (Bonn) sprach über Jugendorganisationen. Ein großer Teil unserer Jugend ist Kriegsteilnehmer und der nationalen Sache sehr zugänglich. Das nützen die Deutschnationalen aus. Wir aber können diesen nationalen Schlagworten nationale Taten entgegensetzen. Die vom Reichssekretariat aufgestellten Leitsätze lassen sich nicht ganz allgemein überall anwenden, sondern müssen individuell untersucht und angewendet werden. Zur individuellen Untersuchung müssen Kommissionen unter Beteiligung der zuständigen Parteiinstanzen und der konfessionellen Vereine gebildet werden. (Lebh. Beif.)

Generalsekretär Hamacher (Köln) behandelt nachdrücklichst den Wert der Kleinarbeit. Auf die Aufklärungsarbeit unter der Wählerschaft eingehend, wies der Redner besonders darauf hin, den großdeutschen Gedanken in die Wählerkreise zu tragen. Aus seiner Erfahrung könne er bestätigen, daß allenthalben ein erfreulicher Aufstieg zu verzeichnen und daß in weiten Kreisen des Rheinlandes bis in die entlegensten Dörfer noch ein urgesundes, urdeutsches, christliches Empfinden sei. Es ist um so wichtiger, daß eine möglichst enge Verbindung aller im Dienste der Partei tätigen Kräfte, namentlich auch mit der Presse, hergestellt wird. Die vorwiegend wirtschaftlich gerichteten Kreise sowie die einzelnen Stände müssen zu vermehrter Mitarbeit herangezogen werden. Jeder Kreis, jede Stadt oder jede Gemeinde müsse danach streben, daß die Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder sich mit der Zahl der abgegebenen Stimmen decke. Schließlich unterstrich der Redner unter allseitiger Zustimmung der Versammlung, daß danach gestrebt werden müsse, wieder eine persönliche Verbindung zwischen den Wählern und den Abgeordneten ihres Bezirkes herzustellen. Zum Schluß empfahl der Redner die Annahme folgender Richtlinien:

1. Der rheinische Parteitag weist erneut alle führenden Stellen der Organisation und jedes einzelne Parteimitglied auf die Wichtigkeit der politischen Jugendorganisation hin und fordert jeden auf, an seiner Stelle dafür einzutreten, daß die Jugend zu bewußter und verantwortlicher Mitarbeit im öffentlichen Leben erzogen und daß ihr die Gedanken unseres politischen Programms nahe gebracht werden.

2. Die Leitsätze des Reichsgeneralsekretariates bieten für die Durchführung dieser Arbeit eine geeignete Grundlage, soweit die Parteiorganisation in Frage kommt. Zur Anpassung der im Einzelnen zu treffenden Maßnahmen an die rheinischen Verhältnisse beruft das Generalsekretariat so bald wie möglich eine Konferenz.

3. Das Ergebnis der Beratung ist den örtlichen Organisationen der Partei mitzuteilen, von denen erwartet wird, daß sie alles daran setzen, um die Jugend der Partei im Einklang mit den aufgestellten Richtlinien zu sammeln.

4. Auf dem nächsten Parteitag ist Bericht zu erstatten.

Es folgte darauf eine eingehende Aussprache, die zahlreiche praktische Anregungen aus den Reihen der alten erprobten Kämpen der Partei und jüngeren Parteidelegierten vermittelte. Es beteiligen sich daran die Herren Joost (Duisburg), Schaeven (Köln), Dr. Scharmitzel (Köln), Pfarrer Rupp (Irsch bei Trier), Chefredakteur Hankamer (Essen), Hensen (Godesberg), Letterhaus (Barmen) u. Frl. Abg. Teusch (Köln).

Auf Vorschlag des Abg. Trimborn, der nach beinahe dreißigjähriger Führung der rheinischen Zentrumspartei den Vorsitz mit Rücksicht auf die Uebernahme der Reichsparteileitung niederlegt, wird Justizrat Mönnig zum Vorsitzenden gewählt. Der Scheidende wird zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Als stellvertretende Vorsitzende zu gleichen Rechten wurden einstimmig gewählt: Landesökonomierat Bolig, Frau Bachem-Sieger und Kartellsekretär Kaiser. Mit einem kernigen Schlußwort des neuen Vorsitzenden schloß die angregende Tagung.

Protestversammlung der Danziger deutschen Katholiken.

Die rohen Uebergriffe der polnischen Regierung in die kirchlichen Rechte der Diözese Kulm aus rein völkischen Gesichtspunkten haben in Danzig eine lebhafte Bewegung hervorgerufen. Es hat sich unter dem Vorsitze von Dr. Schulte ein Komitee gebildet, welches eine Protestversammlung einberief. Die deutschen Katholiken wünschen den Anschluß an das Ermland oder die Errichtung einer eigenen geistlichen Obrigkeit im Freistaate. Die Resolution lautet:

Die Katholiken der Freien Stadt Danzig erheben in großer machtvoller Kundgebung Protest gegen die Vorgänge der letzten Zeit, die sich gegen die kirchlichen Rechte der Katholiken der Diözese Kulm richten.

1. Der Reichstag der Republik Polen, die polnische Presse und Intriguen polnisch-nationalistischer Kreise verlangen immer wieder die Absetzung oder zwangsweise Resignation unseres ehrwürdigen Diözesan-Bischofs. Ein derartiges Vorgehen heißt die Untergrabung der bischöflichen Autorität zum System erheben.

2. Mit roher Gewalt sind der Dompropst Dr. Schröter, Domherr Treder und Bistumssyndikus Ottawa ihres kirchlichen Amtes entsetzt und des Landes verwiesen worden, ohne vorher den Diözesan-Bischof von diesem Vorhaben in Kenntnis zu setzen.

3. Das Bischöfliche Priesterseminar und das Bischöfliche Gymnasium sind zu rein polnischen Anstalten gemacht worden, wodurch den deutschen Katholiken der Diözese ein schreiendes Unrecht zugefügt worden ist.

Gegen alle diese Vorgänge, die nur darauf hinausgehen, die katholische Kirche zu einseitig nationalistischen Zwecken zu benutzen und das Staatskirchentum zu fördern, erheben wir flammenden Protest, nicht zuletzt deshalb, weil ein solches Vorgehen der Pflicht der Gerechtigkeit widerstreitet.

Die katholische Bevölkerung des Freistaates Danzig, die zu 90 Prozent deutscher Nationalität ist, richtet in aller Ehrerbietigkeit, die sie ihrer kirchlichen Obrigkeit schuldig ist, an den Hochwürdigsten Herrn Diözesan-Bischof, desgl. an die päpstliche Kurie in Rom die untertänigste Bitte, daß für eine Wahrung der kirchlichen Rechte gesorgt und daß recht bald eine Neuordnung der kirchlichen Verwaltung durchgeführt werde, wie sie den Wünschen der überwiegenden Mehrheit der katholischen Bevölkerung des Freistaates entspricht.

Elsaß-Lothringen!

Im Verlauf der Sitzungen des Conseil Consultatif sprach beim Haushalt der Universität der Führer der Republikanischen Volkspartei (ehemaligen Elsaß-Lothringer Zentrumspartei), Dr. med. Pfleger, den Wunsch aus, daß die Universität Straßburg zwar ein Brennpunkt französischer Kultur sei, aber auch einen ausgesprochenen elsässischen Charakter habe. Er bedauerte, daß man nicht in höherem Maße die einheimischen Lehrkräfte herangezogen habe, wie dies 1872 seitens der Deutschen geschehen sei. Der Metzer Ehrendomherr Collin meinte hingegen, die Universität Straßburg müsse vor allem eine französische Hochschule sein. Der Universitätsprofessor der katholischen Theologie Dr. Eugen Müller vertrat die Ansicht, man hätte gewisse Einrichtungen der deutschen Aera, namentlich die Privatdozentur, beibehalten sollen.

Ein Tendenzgemälde für die Straßburger Universität.

Der Maler Besnard gab der französischen Akademie in Rom seinen Entschluß bekannt, die Villa Medici im Mai zu verlassen, da er sein großes, augenblicklich in Arbeit begriffenes Gemälde fertigstellen wird. Es ist für das Straßburger Universitätsgebäude bestimmt und stellt die Rückkehr der französischen Universität in die Hauptstadt des Elsasses dar.

Eine neue elsässische Zeitschrift.

Eine neue Zeitschrift Die Heimat, Monatsschrift für christliche Kultur und Politik, stellt sich dem Publikum vor. (Verlag des Elsässer.) Nach dem Geleitwort des Herausgebers, Dr. Haegy, sollen darin elsässische und lothringische, kulturelle, politische und soziale Fragen auf der Grundlage der christlichen Weltanschauung zur Behandlung gelangen, und zwar vom heimatlichen Standpunkt. Aus der 20 Seiten starken Eröffnungsnummer seien hervorgehoben die mancherlei neues Detail bietenden Kriegserinnerungen eines elsässischen Abgeordneten über Elsaß-Lothringen im Reichstag, ein französischer Artikel über Le Malaise, unter dem Elsaß-Lothringen leide, und ein Aufsatz des Abg. Brogly über den Kampf um den Vatikan in dem französischen Parlament.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband zur Sozialisierungsfrage.

Hamburg, 14. Jan. Aufsichtsrat und Gesamtverwaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes veröffentlichen folgende Leitsätze zur Kohlensozialisierung:

Die nur auf kapitalistische Erfolge eingestellte Wirtschaft des 19. Jahrhunderts hat die ungeheure soziale Schuld auf sich geladen, bei Millionen von Arbeitnehmern die innere Verbindung von Sinn und Ziel ihrer Arbeit zu lösen. Die menschliche Arbeitskraft ist dadurch zur Ware herabgedrückt. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband sieht in hemmungsloser kapitalistischer Wirtschaft die Gefahr eines völligen Untergangs völkischen Eigenlebens. Die in letzter Zeit bekanntgewordenen Sozialisierungsvorschläge, eine bessere Wirtschaftsform aufzurichten, indem über die in der Zersetzung begriffene Wirtschaft ein gewaltsamer bbureaukratischer Zwangsapparat gestülpt wird, bedeuten ein noch größeres Unglück. Sie würden die Energien schöpferischer Persönlichkeiten endgültig verschütten.

Die zurzeit im Vordergrund stehende Neugestaltung der Kohlenwirtschaft ist angesichts dieser Gesamtlage nur ein Ausschnitt der großen Aufgabe. Wir wollen, daß die Schätze des Bodens allen seinen Ländern und Stämmen gleichmäßig zugute kommen. Wir verlangen deshalb, daß auch den kohlenarmen Gebieten unseres Vaterlandes der auf sie entfallende Anteil rechtlich gesichert und die bisherige Monopolstellung der Kohlenbergherren gebrochen wird. Für die Arbeitnehmerschaft erstreben wir ein organisches Hineinwachsen in den Mitbesitz der Unternehmungen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung mit den übrigen Kapitalträgern. Ein stärkeres Verbundensein mit der Arbeit, neu belebte Schaffensfreude und gesteigerte Produktionsergebnisse werden die Folge sein. Um die Beteiligung von Angestellten und Arbeitern am Kapital der Unternehmungen zu erreichen, fordern wir die gesetzliche Verpflichtung der Unternehmer, ihre Angestellten und Arbeiter sowie deren Gewerkschaften bei Gewinnausschüttungen, Kapitalerhöhungen und Neugründungen planmäßig in den Besitz von Geschäftsanteilen zu setzen. Die Herabsetzung des gesetzlichen Mindestbetrags für Aktien und andere Geschäftsanteile auf 100 Mark ist nötig. Daraus darf aber nicht eine mechanische Nachahmung des englischen und amerikanischen Kleinaktiensystems mit seiner Förderung der Spekulationswut in den breitesten Volkskreisen werden. Die Verwaltung des mit besondern, seinem sozialen Zweck angepaßten Vorrechten auszustattenden Arbeitnehmerkapitals ist in die Hand der Gewerkschaften und von diesen zu gründenden Treuhänderorganisationen zu legen. Den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften erwächst aus einer solchen Gestaltung der Wirtschaft eine gewaltige Verantwortung. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ist sich bewußt, daß die gesamte Arbeitnehmerschaft zur Bewältigung dieser Aufgabe die berufliche Erfahrung der Kaufmannsgehilfen nicht entbehren kann. Er wird daher seine Mitglieder für diese Aufgabe schulen und die von den im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten christlichnationalen Angestellten-, Arbeiter- und Beamtengewerkschaften zu gründende Gewerkschaftsbank mit allen Kräften fördern.

Aussperrung in der Leipziger Metallindustrie.

Leipzig, 12. Jan. Da noch immer die Arbeiter von 15 Firmen der Leipziger Metallindustriellen ausständisch sind, weil die Firmen eine Wiedereinstellung aller am Ausstand beteiligt gewesenen Arbeiter ablehnen, beschloß der Verband der Metallindustriellen vorläufig 0 v. H. der in den Betrieben beschäftigten erwachsenen Arbeitnehmer, und zwar Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, am Dienstag, den 18. Januar, auszusperren. Von einer sofortigen Gesamtaussperrung wurde vorläufig abgesehen, weil zurzeit noch Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband schweben, doch ist, falls diese Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen sollten, mit der Gesamtaussperrung aller Mitglieder des Metallarbeiterverbandes in Kürze zu rechnen.

Sozialdemokratie und Christentum.

Folgendes bezeichnende Dokument lesen wir im „Vorwärts" Nr. 18 vom 12 d. Mts.:

Führt Eure Kinder zur Jugendweihe! Die Jugendweihen sind nicht nur für diejenigen Kinder bestimmt, welche nicht am Religionsunterricht teilnehmen, sondern jeder, der sich innerlich längst nicht mehr mit der Kirche verbunden fühlt, sollte auch hier konsequent sein und die Einrichtungen der Kirche meiden.

Vielfa chbesteht die Annahme, daß die Kinder etwas vermissen, wenn sie nicht wie ihre Alterskameraden eingesegnet werden. Die stimmungsvollen Jugendweihen bereiten die jungen Menschenkinder würdig für den Eintritt in einen neuen Lebensabschnitt vor.

Um aber auch den Kindern klar zu machen, warum sie die Jugendweihe erhalten, findet ab 15. Januar d. J. für unsere am Sonntag, den 20. März, vormittags 11 Uhr, stattfindenden Jugendweihen ein Lebenskundeunterricht statt. Anmeldungen usw.

Kann man eindringlichere belehrt werden, welch tiefer Gottesha ß trotz aller schönen Worte die Sozialdemokratie beseelt? Nein, wir erkennen die Zeichen der Zeit nicht in Richtung einer vagen Vermengung des Religionsbegriffes mit den Parteimätzchen der Sozialdemokratie, sondern dahin, daß der große Geisterkampf Christentum—Antichristentum ansetzt. Und wenn wir demnächst zur Wahlurne schreiten, dann soll unsere Stimmenabgabe nach diesem Gesichtspunkte erfolgen: Jede Stimme dem christlichen Zentrum! Keine Stimme der Sozialdemokratie, auch wenn sie noch so gleißnerisch ihre Scheinmedikamentchen anpreist!

Die Politik der langen Bank — Europas Tod.

Lugano, 13. Jan. Wie der „Corriere della Sera" aus Rom meldet, ist es Frankreich nach lebhaften diplomatischen Verhandlungen mit seinen Verbündeten gelungen, diese zum Aufschub der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel zu bewegen. Frankreich, so fügt der „Corriere della Sera" hinzu, verfolgt hartnäckig seine Politik, die endgültige Festsetzung der deutschen Kriegsentschädigung zu verschieben, um so beim französischen Publikum die Illusion aufrecht zu erhalten, daß Deutschland in der Lage sei, das Kriegspassivum ganz oder nahezu ganz zu bezahlen.

Postausstand in Oesterreich.

Wien, 13. Jan. Der angedrohte Poststreik ist gestern abend ausgebrochen. Da bis zum Mittag, wo das Ultimatum der sozialdemokratischen Gewerkschaft der Postangestellten ablief, die Regierung keine Fühlungnahme mit ihr gesucht hat, ist um 6 Uhr abends der gesamte Postbetrieb lahmgelegt worden. 24 Stunden später wird, falls die Regierung nicht nachgibt, die Technische Union den Anschluß des gesamten Telephon- und Telegraphenpersonals an die Bewegung erklären. Der Verkehrsminister hat in der gestrigen Kabinettssitzung dem Bundeskanzler seinen Rücktritt angeboten.

Eine deutsche Gegenliste der Kriegsbeschuldigten.

Stuttgart, 13. Jan. Im württembergischen Landtage hat heute auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Egelhaaf und Bickes (D. V.) Staatspräsident v. Hieber erwidert: Ich habe mich mit dem Auswärtigen Amt über die Frage einer deutschen Gegenliste, wie sie von weiten Kreisen gefordert wird, ins Benehmen gesetzt und bin ermächtigt, folgendes zu antworten: Das Material über Verbrechen, die im Kriege von Angehörigen der gegnerischen Heere gegen Deutsche begangen worden sind, ist von der Reichsregierung gesammelt worden. Das Material ist für die Gegner schwer belastend. Es wäre gewiß erwünscht, durch die Veröffentlichung zu zeigen, über wie viele und schwere Völkerrechtsverletzungen, Grausamkeiten und Brutalitäten wir uns zu beschweren haben. Es liegen jedoch besondere Gründe vor, die eine Veröffentlichung zur Zeit nicht ratsam erscheinen lassen. Es kommt hinzu, daß unsere Anklagen jetzt wahrscheinlich ungehört verhallen würden.

Soziales.

Steuerabzug und Familienverhältnisse.

In der Praxis ist verschiedentlich die Auffassung vertreten worden, daß die Vorschrift des Paragraphen 1 Absatz 6 der vorläufigen Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 28. Juli 1920, die als Stichtag für die Feststellung der Familienverhältnisse der Arbeitnehmer den 1. August festsetzt, nur als Uebergangsmaßnahme anzusehen, daß weiterhin aber der wirkliche Familienstand für die Berechnung des abzugfrei bleibenden Einkommens maßgebend sei.

Wie die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vom Reichsfinanzministerium bestätigt wird, entspricht diese Auslegung nicht dem Sinn der genannten Bestimmung. Diese ist nicht nur als Uebergangsmaßnahme gedacht, sondern will für die Berechnung des abzugfrei bleibenden Einkommenteils einen Stichtag, der natürlich von Zeit zu Zeit geändert werden wird, festlegen, damit dem Arbeitgeber die mit der Feststellung des jeweiligen Familienstandes erforderliche Mehrarbeit erspart bleibt. Bei der Berechnung des abzugfrei bleibenden Einkommens sind also auch heute noch die Familienverhältnisse des 1. August 1920 maßgebend.

Militäranwärter.

Die Anstellungsgrundsätze für Militäranwärter werden zurzeit einer Umarbeitung unterzogen, um den geäußerten Wünschen der Beteiligten gerecht werden zu können.

Zur Lage des Apothekerstandes

wird uns u. a. geschrieben: Bis zum Januar 1920 ließ man die Apotheker trotz wucherisch verteuerter Lebenshaltung, trotz wahnsinniger Steigerung der gesamten Betriebskosten und chimärischer Geldentwertung zu vor 50 Jahren festgesetzten Arbeitspreisen arbeiten. Aber da erfolgte die, natürlich ungenügende Verdoppelung derselben. Die Richtlinien, genau so alt, nach denen die Materialpreise zu berechnen sind, beließ man indes. Ferner: für eine Stunde und mehr Nachtarbeit erhielt der Apotheker bis zum 1. Januar 1920 50 Pfennig. Von da an sogar 1 Mark. Die ungleichmäßige Bewertung seiner Kopfarbeit im Verhältnis zur Handarbeit hätte er mit den übrigen Kopfarbeitern geteilt. Hinzu kam aber, daß man ihn bis zur neuesten Zeit trotz der abnormen, oben geschilderten Zeitverhältnisse auf Grund eines ganz starren, veralteten Taxsystems gar zwang, Jahre lang unter Einkaufspreis zu verkaufen. Diesem Widersinn konnte nur durch eine Streikandrohung der Apotheker des besetzten Westens der Garaus gemacht werden. Die Regierung hatte die Apotheker, weil sie zu legaler Selbsthilfe geschritten waren, mit dem Kadi und sogar widerrechtlich mit Konzessionsentziehung bedroht. Direkt aufreizend mußte es deshalb auf den Apothekerstand wirken, daß die Regierung durchblicken ließ, der beantragten, durchaus maßvollen, den Zeitverhältnissen einigermaßen Rechnung tragenden durchgreifenden Taxerhöhung ständen die Krankenkassen ablehnend gegenüber. Das konnten wir nun und nimmer glauben, denn die Krankenkassen sind doch soziale Einrichtungen des Arbeiterstandes, der mit völligem Recht auskömmliche Bezahlung fordert. Die Forderungen waren maßvoll, denn wir wissen sehr wohl, daß die Arzneipreise heute schon oft unerschwinglich hoch sind. Wucherpreise lehnen wir ab. Aber wir und unsere Angestellten müssen doch von unserm Einkommen leben können.

Der Apothekerstand fordert seit Jahrzehnten die Selbstverwaltung und darin eingeschlossen die Selbstbeaufsichtigung. Seit der Grundsatz „Gleiches Recht für alle" proklamiert ward, reklamiert er dies Recht weitere zwei Jahre unausgesetzt mit dem Resultat, daß man — „Erhebungen" anstellt, und zwar nicht bei den Apothekern, sondern bei den auszuschaltenden — Medizinalbeamten. Zum besseren Verständnis für Laien sei erwähnt, daß die ärztliche Ausbildung eine von der des Apothekers grundverschiedene ist. Aus diesem Grunde empfinden die Apotheker diese Beaufsichtigung durch Nichtfachleute als standesunwürdig. Um sie zu Fall zu bringen, d. h. damit ein bürgerlicher Stand zu seinem Rechte kommt, muß zu passivem Widerstand geschritten werden.

Was liegt nun näher für die Apotheker, als daß sie in Ansehung dessen, wie der Grundsatz „Gleiches Recht für alle" sonst gehandhabt wird, schließen, dem Arbeiter böte man dergleichen nicht?

Die Steuer auf „Fräulein".

In der „Voss. Zeitung" ergreift eine Lehrerin namens der gebildeten Hausangestellten das Wort, um warnend auf die ernsten Wirkungen der angekündigten Berliner Steuer hinzuweisen.

Es ist bedauerlicherweise immer noch kein Weg gefunden worden, der, gerade im häuslichen Beruf mehr als in jedem anderen, auf einander angewiesenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zur gegenseitigen Verständigung geführt hätte. So stehen sich diese in den meisten Fällen in zwei getrennten Lagern wie Feinde gegenüber. Dies mag auch die Erklärung dafür sein, daß man bisher von keinem Protest der Angestellten gegen die drohende Steuer gehört hat. Das große Heer der ungebildeten Hausangestellten macht sich wohl nicht klar, daß sich die Steuer in ihren letzten Auswirkungen gegen sie selbst richtet, und ist wohl der Ansicht, jede steuerliche Mehrbelastung der „Reichen" sei recht und billig. Wobei sie bedauerlicherweise jeden für reich halten, der sich an einen gedeckten Tisch zu setzen pflegt.

Die Abneigung gegen den Beruf der Hausangestellten geht mit wachsendem sozialen Bewußtsein nicht nur gegen die zu leistende Arbeit, oder entspringt mangelnder „Einigung" für diese, sondern aus dem belastenden Gefühl der Unfreiheit, des nicht Herr über sich selbst seines Könnens, der mangelnden Menschenwürde.

Wahrung der Menschenwürde hat uns Arbeitnehmern die neue Zeit vor allen Dingen versprochen. Sie steht im Begriff, diese aufs Schwerste zu verletzen, wenn sie uns als Ware stempelt, uns auf eine Stufe stellt mit Automobilen, Reitpferden, Luxushunden, (die Arbeitshunde selbst sind steuerfrei), mit Negersklaven im früheren Amerika. Auf denkende Menschen, die selbst Steuerzahler sind, legt man keine Steuer!

Den idealen Gesichtspunkten gegenüber Verständnislosen sollten einige höchst materielle Ueberlegungen einleuchten. Seit April haben sich die offenen Stellen um viele Tausende vermindert, die Stellungsuchenden dagegen um Tausende vermehrt. Entlassung des Dienstpersonals ist nur eine Erklärung dieser Erscheinung, die andere ist ein wachsendes Angebot stellungsuchender Hausangestellter. Fabriken wurden geschlossen, Kriegsgesellschaften aufgelöst, bei Post, Bahn, Elektrischen mußte das weibliche Personal dem männlichen weichen. So sind viele tausende Frauen arbeitslos geworden. Die Annahme, die wegen der neuen Steuer entlassenen Hausangestellten würden in technische Berufe abwandern, ist daher eine völlig irrige. Aus diesen sind sie ja großenteils eben erst entlassen worden.

Wen wird, sollte diese Steuer jemals Gesetz werden, die ganze Schwere des Schicksals, stellungslos zu werden, an erster Stelle treffen? Uns gebildeten Hausangestellten! Neben den Alten, Arbeitsschwachen und zu Jugendlichen. In den letzten Tagen hörte ich allerorts, „natürlich entlasse ich zuerst das „Fräulein", womit bekanntlich die ganze Schar der Gesellschafterinnen, Hausdamen, Erzieherinnen, Stützen, Kinderpflegerinnen gemeint ist. Unsere Arbeitsleistung glaubt eine belastete Hausfrau am leichtesten selbst übernehmen zu können.

Und so wird auch hier wieder wie in so vielen Gesetzesmaßnahmen unserer Tage, die ganze Härte die Gebildeten, die geistig Gehobenen ihres Standes, die gewissermaßen auch die Kulturträger sind, treffen. Und die Folge für uns, die wir es mit unserem ethischen Empfinden nicht vereinigen können, uns als Erwerbslose von einer Stadt unterhalten zu lassen, die keinen Pfennig zu verschleudern übrig hat? Ganz abgesehen davon, daß wir mit 8 Mark täglich nicht leben können. Wir werden uns entschließen müssen, grobe Dienstmädchenarbeit zu übernehmen. Werden auf unser bißchen Bildung, unsere geistigen Bedürfnisse verzichten müssen, die uns unsere Eltern entbehrungsreich auf höheren Schulen gewährt haben, die wir uns selbst anerzogen in abgeknappsten Abendstunden nach getaner Arbeit. Oder wir werden uns zu kleinen Schiebereien erniedrigen müssen. Man runzle nicht in Pharisäerempfinden die Stirn. Hunger tut weh. Die Sünden einer Zeit werden letzten Endes aus der Not der Zeit geboren.

Wer will mir beweisen, daß ich im Haushalt tätig, nicht technisch Angestellte bin, wer will nachprüfen, daß ich nicht Freundin oder Verwandte bin, die unbezahlte Hilfe leistet? Zu diesem Aushilfsmittel zu greifen, dürften gerade die versucht sein, die jahrelang in einem Haushalt tätig sind und mit Liebe an der Familie hängen. Zu Gesetzesumgehungen werden die Menschen gezwungen, wenn die Steuer ihnen den Lebensatem abzuschnüren droht.

Und am Ende und zuguterletzt wird das Ueberangebot an Hausangestellten diese zwingen, sich zu sehr herabgesetzten Gehältern zu vermieten. Gerade diese Tatsache sollte den Protest der breiten Masse der Hausangestellten gegen die Steuer wachrufen.

Die Verbindung Deutschlands mit den Iren während des Krieges.

Große Sensation erregt in England die Veröffentlichung eines von der englischen Regierung verfaßten Weißbuches über eine angeblich deutsch-irischen Verschwörung aus dem Jahre 1916. Es sind die Dokumente über die für Irland bestimmten deutschen Waffensendungen, über den Fall Sir Robert Casement sowie Mitteilungen des Unterstaatssekretärs Zimmermann, des Grafen Bernstorff, des Newyorker Führers John Devoy, sowie des Richters Cohalan.

Die vorliegenden Dokumente sind jedoch keineswegs beweiskräftig genug, um die vom Premierminister vorgebrachte Anklage zu erhärten, daß die Sinnfeiner durch Fischerboote und Segler die Verbindung mit den deutschen Tauchbooten und durch diese mit Berlin hergestellt hatten.

Einem Dokument zufolge soll zurzeit des Osteraufstandes von 1916 Richter Cohala in Newyork durch die Vermittlung des Grafen Bernstorff bei der deutschen Regierung einen gleichzeitigen Luft- und Tauchbootangriff auf England angeregt haben. Den Tauchbooten sollte dabei die Aufgabe zufallen, England die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden, sowie einige Punkte an den irischen Küsten zu U-Boothafen umzubauen. In einer Mitteilung des deutschen Auswärtigen Amtes wird die Truppenlandung in Irland abgeschlagen und die Sendung von U-Booten in die Dubliner Bucht für unmöglich erklärt. Weiteren Dokumenten zufolge bot im Jahre 1918 die Irische Gesellschaft in Newyork ihre Dienste über Mexiko und Madrid an. Auch die Zweigvereine dieser Gesellschaft in Argentinien und Brasilien waren zur Vermittlung zwischen Irland und Berlin bereit. Aus einem andern Dokumens erfahren wir, daß das deutsche Auswärtige Amt den Iren ausdrücklich davon abriet, den englischen Schiffsverkehr zu sabotieren. (Warum?)

Weitere Dokumente liegen vor für die Beteiligung irischer Agenten bei dem Anschlag gegen die kanadische Pacific-Eisenbahn und für die Bemühungen der Newyorker Iren, die vorgeschlagenen Verbindungen mit Berlin über Madrid, Argentinien und Mexiko tatsächlich herzustellen. Nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg wurde ein Agent namens Arnold nach Irland gesandt. Das Weißbuch enthält auch ein Geheimtelegramm des Grafen Bernstorff, das den Wortlaut hat: „Beendigt die Verhandlungen über den Lusitania-Fall. Devoy setzt mich davon in Kenntnis, daß der Aufstand zu Ostern losbrechen soll."

Das deutsche Auswärtige Amt teilt ferner den Iren mit, daß auf Fischerbooten 20 000 Gewehre in der Bucht von Trallee ankommen sollen und ersucht Devoy für Lotsen zu sorgen. Eine weitere Mitteilung des Grafen Bernstorff nach Berlin betrifft ein deutsches Signalsystem, wodurch das Geheimnis der drahtlosen Telegraphie bewahrt bleiben soll. Er empfing von den irischen Stationen funkentelegraphische Meldungen mit der Unterschrift Devoy, worin dieser riet, im Notfalle deutsche U-Boote in die Dubliner Bucht eindringen zu lassen, und zwar an dem sog. Pigeon House vorbei, weil dort keine Abfuhrnetze angebracht seien. Unterstaatssekretär Zimmermann schlägt in einem Funkspruch vom 31. Dezember 1916 dem Grafen Bernstorff vor, in zwei Sendungen je 30 000 Gewehre und 10 Maschinengewehre sowie 6 000 000 Patronen in Galway und Trallee zu landen. Im Februar 1917 sollten dann die Iren Vorkehrungen für die Löschung der Waffenladung treffen. Das Irische Komitee in Newyork wollte jedoch unter Hinweis auf Deutschlands Weigerung, auch Landungstruppen zu senden, auf dieses Verlangen nicht eingehen.

Gemessen an dem Maßstäben der Ententepolitik während des Krieges, die an Rücksichtslosigkeit in der Auswahl der Mittel ihresgleichen sucht, muß man wahrhaftig sagen: Wir Deutschen haben uns noch viel zu — dämlich angestellt. Das Weißbuch scheint uns nichts anders zu beweisen, als daß man (aus wohlberechtigten oder mißverkannten Gründen, das läßt sich von hier aus nicht untersuchen) auf deutscher Seite sich das irische Problem nicht so zunutze gemacht hat, wie es von der Gegenseite in allen ähnlichen Fällen geschehen ist.

Stadt-Nachrichten.

Neuß, 14. Januar 1921.

Kinder in Not!

Von Professor Lujo Brentano.

Was wir über den Nachwuchs des deutschen Volkes hören, ist grauenhaft. Abgesehen von den 35 873 Kindern, die allein in Preußen im Jahre 1918 mehr an Krankheiten der Atmungs- und Verdauungsorgane, Influenza, Tuberkulose und Lungenentzündung als in 1913 gestorben sind, ist eine weit größere Zahl von Kindern durch jahrelange Unterernährung, mangelnde Kleidung und kalte Wohnungen rachitisch, siech und elend geworden. Es ist nicht genug anzuerkennen, daß unter unseren früheren Feinden eine Anzahl gerechtdenkender Männer und Frauen angelsächsischer Rasse Außerordentliches leisten, um das Leid, das die völkerrechtswidrige Blockade über unsere Kinder und deren Mütter verhängt hat, so gut sie es vermögen, zu heben. Aber wollen diejenigen Krise Deutschlands, die über größere Mittel verfügen — und es gibt eine große Zahl, die durch den Krieg sogar gewonnen haben — zusehen, wie das deutsche Volk in die beschämende Rolle eines von der Mildtätigkeit seiner Feinde lebenden Bettlers versinkt? Das wäre eine Schmach, die alles überträfe, was der Krieg an bittersten Demütigungen über unser armes Volk gebracht hat.

Die Axt ist durch den deutschen Wald gegangen. Sie hat die herrlichsten Bäume gefällt. Aber aus ihren Samen sprießt neues Leben. Wir alle, die übrig geblieben, haben die heilige Pflicht, dies junge Leben zu schützen, zu sorgen, daß es körperlich und geistig gesund heranwächst. Daher begrabt Eure Hader, hört auf, Euch gegenseitig zu zerfleischen. Vereinigt Euch in der Hebung der Not der Kinder! Denn die Kinder werden einst entscheiden, ob das deutsche Volk weiter leben oder nach glänzender Vergangenheit in unrühmlicher Nacht verschwinden soll.

Die große Stimmeltätigkeit zugunsten der Spende „Kinder in Not" hat begonnen. Tue jeder sein Möglichstes und Bestes!

Der katholische Arbeiterverein St. Marien Neuß führt am Samstag, den 22. Januar, abends 6 Uhr im Saale von Birkenhauer das große Schauspiel „Die Rabensteinerin" von Ernst von Wildenbruch auf. Niemand versäume, das literarisch hochstehende, berühmte Schauspiel eines großen Dichters sich anzusehen. Von 5½ Uhr ab spielt die 20 Mann starke Arbeitervereinskapelle. Auch die Pausen werden durch Musikeinlagen ausgefüllt. Preis des Programms für Nichtmitglieder 5 Mark, für Mitglieder 3,50 Mark einschließlich Steuer. Die Programme sind zu haben bei den Vertrauensleuten, im Arbeitersekretariat und beim Präses. An der Generalprobe am Freitag, den 21. Januar, nachmittags 5 Uhr können Kinder teilnehmen.

Die Hochwasserkatastrophe vom 15. Januar des vorigen Jahres steht sicher noch in aller Andenken, wenn auch in den letzten Jahren die denkwürdigen Ereignisse sich mehr als uns lieb gehäuft haben. Seit hundert Jahren war unsere Stadt von einer ähnlichen Wassernot nicht mehr heimgesucht worden, und durch die Regulierung des Rheinbettes hatte man sich in Sicherheit wiegen lassen und vielfach die nötigen Sicherungen nicht oder zu spät getroffen. Auf 28 Fuß 8 Zoll stieg am 15. Januar das Wasser am Hessentoppegel. Das Hochwasser würde trotzdem für Neuß nicht besonders folgenschwer geworden sein, wenn nicht am Abend des 14. Januars der Querdamm im Nordkanal hinter dem Scheibenstand dem Wasserdruck nachgegeben hätte. Mit ungeheurer Wucht drangen die Wassermassen durch den Einschnitt des Nordkanaldammes, welchen man dort einer Ziegelei gestattet hatte, und riß in dem über hundert Jahre alten Damme ein über 50 Meter breites Loch, durch das der Polder zwischen Erft und Rheinleitdeich voll lief; selbst in der hochgelegten Industriestraße stand das Wasser einen Meter hoch in den Werken, tausende tätige Hände zum Feiern zwingend. Die im Wiesengelände liegenden Häuser und Fabriken konnten noch zeitig von den Bewohnern geräumt werden. Aber der Materialschaden war riesengroß, allein die Industrie schätzte den ihrigen auf 10 Millionen Mark. In dem geschlossenen Polder stieg das Wasser um mehr als einen Meter höher als in Rhein und Erft, und man konnte das Schauspiel erleben, daß über dem Renndamm hinüber die Fluten sich wie in einem Wasserfall in den Rhein-Erfthafen ergossen. Den mit aller Energie aufgenommenen „Wiedergutmachungsarbeiten" gelang es bald, den schlimmsten Schaden zu beseitigen. — Auffallend ist, daß die Stadt den Wasserstand vom 15. Januar 1920, der für Neuß immerhin ein historisches Ereignis, wenn auch kein erfreuliches bedeutet, noch immer nicht durch Anbringung von Wassermarken am Hessentor und Obertor etc. festgehalten hat.

Ueber die Witterung schreibt das Aachener Observatorium: Fortgesetzt ziehen schwere Sturmwirbel über das Nord- und Ostseegebiet. Vorübergehend blieb es gestern bei Nachdringen eines Hochdruckteils vom westdeutschen Binnenland trocken; doch kam es in der Nacht zu Mittwoch im westlichen Deutschland erneut zu verbreiteten Regenfällen; Aachen, Observatorium 8 Millimeter, Elberfeld, Birkenfeld je 7 Millimeter, Rippoldsau im badischen Schwarzwald 20 Millimeter, Feldberg 16 Millimeter. Bei lebhaften westlichen Winden hält in ganz Mittel- und Westeuropa der milde Witterungscharakter an. Die Morgentemperaturen betragen im westlichen Deutschland 7—8 Grad, im östlichen Teil 4—5 Grad, Nordschweden hat strengen Frost; Haparanda gestern abend minus 18 Grad.

Die Befehle der Rheinlandkommission. Während bisher nur ein Zuwiderhandeln gegen eine eigentliche Verordnung (Ordonnanz) der interalliierten Rheinlandkommission mit Strafe bedroht war, hat die Rheinlandkommission nunmehr eine sofort in Kraft tretende Verordnung 68 vom 6. Januar 1921 erlassen, die bestimmt, daß auch jede Zuwiderhandlung gegen einen Befehl oder eine Anweisung der Rheinlandkommission bestraft wird, und zwar mit einer Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit beiden Strafen zugleich.

Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz. In Anerkennung seiner Verdienste um die Denkmalpflege am Niederrhein und die Förderung heimischer Bauweise wurde Herr Baurat Sittel von hier in der Hauptversammlung des Vereins vom 19. Dezember in den Ausschuß des Vereinsvorstandes gewählt.

Wahlfreier Unterricht in Kurzschrift in den höhern Schulen. Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat angeordnet, daß in allen staatlichen höhern Lehranstalten den Schülern und Schülerinnen Gelegenheit zur Teilnahme am wahlfreien Unterricht in Kurzschrift zu geben ist. Die Kosten sind von den Schülern selbst aufzubringen. Der Minister weist dabei empfehlend auf das System Stolze-Schrey hin. (Diese angebliche Empfehlung einer bestimmten Kurzschrift durch den Minister muß in Anbetracht der seit Jahren schwebenden und von den Regierungen aller deutschen Länder geförderten Bestrebungen zur Schaffung einer deutschen Einheitsstenographie Befremden erregen. Man wird gut tun, den Wortlaut des ministeriellen Erlasses abzuwarten. An sich liegen die Verhältnisse bei den höheren Schulen wohl so, daß an den meisten seit Jahren in Kurzschrift unterrichtet wird; der Erlaß enthält also nichts wesentlich Neues.)

Industriefahrplan. Soeben ist die Januar-Ausgabe des Industriefahrplanes erschien. Die seit Oktober vorigen Jahres eingetretenen zahlreichen Aenderungen, sowie die Einlegung neuer, für Handel und Industrie sehr wichtigen D- und Eilzüge erforderten die Neuauflage.

Der Industriefahrplan, herausgegeben von dem Verkehrsverband „Industriebezirk", hat sich in kurzer Zeit infolge seiner klaren und übersichtlichen Zusammenstellung sehr viel Freunde erworben; er ist heute für ganz West- und Nord-Westdeutschland der für jedermann unentbehrliche Reisebegleiter. Durch die Beigabe von vier genauen Uebersichtskarten wird jedem Reisenden das Auffinden seines Weges sehr leicht. Der Ausbau des Anzeigenteils für Hotels und Kurorte, sowie die Neuaufnahme eines Spediteur-Adreßbuches bedeutet für die Reisenden eine willkommene Erweiterung. Die Genehmigungen der Eisenbahndirektionen Essen und Elberfeld, den im Reisebüro der Friedrich-Krupp-Aktien-Gesellschaft in Essen bearbeiteten Industriefahrplan von seiner nächsten Auflage ab als amtlichen Fahrplan anzuerkennen, beweisen, daß er trotz seines kurzen Bestehens auch in Fachkreisen eine glänzende Aufnahme gefunden hat.

Das Landesfinanzamt schreibt uns: Allgemein hat sich die Uebung verbreitet, daß bei Grundstücksverkäufen zum Zwecke der Steuerersparnis Kaufpreisverschleierungen vorgenommen werden, indem Barzahlungen gemacht oder irgendwie Vereinbarungen getroffen werden, die im Kaufakt unberücksichtigt bleiben. Das Grunderwerbsteuergesetz sieht für derartige Steuerhinterziehungen im § 31 eine Bestrafung bis zum zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer vor. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen gegen Steuerpflichtige wegen Kaufpreisverschleierung und damit versuchter Steuerhinterziehung eingeschritten werden muß. So wurden kürzlich in einem derartigen Falle zwei Landwirte des Bezirkes mit einer Geldstrafe von 50 000 Mark bestraft. Weitere Strafverfahren schweben. Es kann daher nur Jedem, der bei einer Kaufpreisverschleierung beteiligt ist, empfohlen werden, um Straffreiheit oder wenigstens, falls schon eine Untersuchung schwebt, Strafmilderung zu erreichen, den wahren Sachverhalt alsbald der zuständigen Grunderwerbsteuerstelle oder dem Nachrichtendienst des Landesfinanzamts in Düsseldorf, Jägerhof, mitzuteilen.

Ausländische Zahlungsmittel waren gestern an der Kölner Börse bei stillem Verkehr gegenüber vorgestern etwas fester. Im einzelnen wurden gehandelt: englische Noten (1 Pfund Sterling) 258½—259½ Mark; französische Noten (100 Franken) 421—422½ Mark; belgische Noten (100 Franken) 442½—444½ Mark; holländische Noten (100 Gulden) 2272½—2282 Mark; amerikanische Noten (1 Dollar) 67¾—68¼ Mark; Kabel 69⅜ Mark; schweizerische Noten (100 Franken) 1075—1080 Mark.

Erklärung.

Neuß, 14. Januar 1921.

Auf die Rechtfertigungsversuche des Organs der sozialdemokratischen Partei Der freie Sprecher in Nr. 9 vom 12. Januar 1921 erwidere ich abschließend: Was ich in meiner Berichtigung an den freien Sprecher als unwahr erklärt habe, bleibt unwahr. Das in Aussicht stehende Freiwerden der Wohnung war schon vor dem Erscheinen des vom freien Sprecher angezogenen Inserates vom 8. 1. 21 dem Vorsitzenden des städtischen Wohnungsamtes bekannt. Alle Bewerber wurden von mir an das städtische Wohnungsamt verwiesen.

Josef Josten,
Glockhammer 42.

Aus dem Landkreise.

Büttgen, 13. Jan. Die außerordentliche Teuerung auf allen Gebieten hat die wohltätigen Anstalten allgemein stark betroffen, so daß viele einen verzweifelten Daseinskampf kämpfen. Auch unser Schwesternheim, daß bis vor einigen Jahren so schön sich entwickelte, daß der Vorstand schon mit dem Gedanken an den Ausbau zum Krankenhaus sich befaßte, wurde von der Teuerung hart mitgenommen. Es muß sich auf die verstärkte Wohltätigkeit der Bürgerschaft verlassen, soll es nicht schweren Schaden an seinen segensreichen Einrichtungen leiden. Wenn daher jetzt die Schwestern an die Türen klopfen, dann, dessen sind wir gewiß, wird der allbewährte Opfersinn sicher eine solche Einnahme hervorzaubern, die den Schwestern und dem Vorstande die Sorgen etwas erleichtern.

Büttgen, 13. Jan. Durch Umbau von unbenutzt liegenden Gebäuden (Scheunen, Stallungen, gewerblichen Gebäuden usw.) könnten noch manche Wohnräume geschaffen werden. Die Wohnungskommission hat daher beschlossen, zu derartigen Umbauten neben der Hergabe des Baukapitals einen Bauzuschuß von 50 Prozent des Baukapitals zu bewilligen. Selbstverständlich müssen die geschaffenen Räume der Gemeinde, so lange eine Wohnungsnot besteht, für die als wohnungsbedürftig bezeichneten Familien zur Verfügung gestellt werden, wobei den Eigentümern die Auswahl bei mehreren Bewerbern gestattet wird. Hoffentlich gelingt es, auch auf diesem Wege Wohnungen zu beschaffen. Auch dem Neubau von Wohnungen soll ernstlich nähergetreten werden.

Giehn, 13. Jan. Die vom hiesigen Geflügelzuchtverein am 1. und 2. Januar veranstaltete Geflügelausstellung hat bei weitem die Erwartungen übertroffen. Selbst der Preisrichter, der Altmeister der rheinischen Geflügelzucht, Herr O. Trieloff (Duisburg), erklärte, daß das gezeigte Geflügel in Anbetracht des einjährigen Bestehens des Vereins mehr als gut sei. Nur größter Züchterfleiß konnte ein derartiges Material zur Schau bringen. Ehrenpreise erhielten: Herr P. Berk (Holzheim) auf Plymouth Rocks, rebhuhnfarbige Italiener und ostfriesische Silbermöwen; Herr W. Brouwers (Glehn) auf rebhuhnfarbige Italiener; Herr Ippers (Glehn) auf silberhalsige Italiener; Herr Pesch (Glehn) auf weiße Leghorn; Herr Bongartz (Glehn) auf Rhodeländer; Herr Schwalbach (Hältenglehn) auf weiße Wyandottes; Herr Th. Krahwinkel (Liedberg) auf Plymouth und Brieftauben. Herr Berk erhielt außerdem einen vom Kaninchenzuchtverein Holzheim gestifteten Ehrenpreis für die beste Gesamtleistung innerhalb der Ausstellung. Herrn Brouwers wurde die bronzene Medaille der Landwirtschaftskammer Bonn für beste Gesamtleistung in den anerkannten Nutzgeflügelrassen zuerkannt. Den Siegerpreis für das beste Tier der Ausstellung (gestiftet von der Landwirtschaftlichen Lokalabteilung Neuß) errang Herr Schwalbach auf eine Wyandottes-Henne.

Die Ausstellungsleitung hatte keine Mühe gescheut, die Schau mustergültig zu gestalten. Der Laie konnte sich durch Anschauung und Vorträge belehren lassen, daß der Nutzen sich mit Schönheim vereinigen läßt, ja daß vernünftig betriebene Rassenzucht weit besseren Ertrag liefert als „Mistkratzerbetrieb". Auch manches Vorurteil gegen Kunstbrut mußte fallen. Bruteierbestellungen und Neuanmeldungen von Mitgliedern bewiesen das geweckte Interesse für Rassenzucht. Dem Verein ein „Gut Zucht" bis zum erneuten friedlichen Wettkampf 1922!

Aus dem Kreise Grevenbroich.

Grevenbroich, 14. Jan. Am Dienstag erzielte die Rheinische Landesbühne mit den „Drei Zwillingen" von Impekoven und Mathern einen vollen Heiterkeitserfolg. Am 18. Januar folgt außer Abonnement „Nora" oder „Das Puppenheim" von Ibsen, das mit am meisten Ibsens Ruf begründet und verbreitet hat.

Kapellen, 13. Jan. Am nächsten Sonntag veranstaltet der katholische Jünglingsverein im Broichschen Saale unter freundlicher Mitwirkung des Pfarr-Cäcilienchores einen Unterhaltungsabend, bestehend in Theateraufführungen und Gesangvorträgen mit nachfolgender Verlosung. Da der Verein von früher wegen seiner guten Leistungen bekannt ist, wird den Besuchern ein genußreicher Abend sicher sein. Der Reinertrag wird für Zwecke der Jugendpflege verwandt. Mit der Verlosung hat der Verein sich die Aufgabe gestellt, durch Vertrieb von guten und schönen Kunstwerken, religiöser und weltlicher Art, einen gediegenen Bild- und Wandschmuck in die Familien hineinzutragen. Anfang punkt 5½ Uhr!

Hemmerden, 14. Jan. Am nächsten Sonntag veranstaltet der Sportverein 1913 sein diesjähriges Familienfest, wozu alle Freunde, Bekannte und Gönner des Vereins herzlichst eingeladen sind. Der Reinertrag ist zum Besten der notleidenden Kinder Deutschlands. Anfang 5½ Uhr.

Hemmerden, 13. Jan. Der hiesige Turnverein feierte am Neujahrstage sein Winterfest, verbunden mit Enthüllungsfeier der den Gefallenen des Vereins gewidmeten Gedenktafel. Programmäßig eröffnete der erste Vorsitzende, Herr W. Lorenz, punkt 5 Uhr die Feier durch eine kurze, sinnreiche Begrüßungsrede. Anschließend daan trugen Kinder der Feier entsprechende Gedichte vor. Hierauf folgte ein schöner Aufmarsch der Turner. Der Ehrenvorsitzende, Herr Hauptlehrer Steinhäuser, begann sodann mit der Festrede bezüglich de Enthüllung der Ehrentafel. Redner sprach u. a. über die schweren Jahre, die dem Verein teure Mitglieder geraubt habe und betonte vor allem die Treue und den Mannesmut, den die Zurückgebliebenen gezeigt haben, sowohl im Verein wie auch später, als es hieß, „Heimat und Vaterland zu schützen", und der Verein es sich deshalb auch zur Pflicht angerechnet habe, dieselbe Treue zu vergelten und somit die heute aufgestellte Ehrentafel herstellen ließ, um die teuren Helden stets im Andenken, besonders im Kreise der Turner zu halten. Es folgten dann die allgemeinen Freiübungen, Schauturnen am Reck, Barren und Pferd. An sämtlichen Geräten nahm das Turnen ein flotten Verlauf, zu erwähnen wäre noch, daß die vorgeturnten Uebungen exakt nachgeturnt wurden. Ueber alles Erwarten war das Auftreten einer starken Jugendriege, welche außer den Freiübungen an Barren und Pferd unter Leitung des ersten Turnwarts, Herrn Th. Franken, sehr schöne Uebungen vollführten. Zum Schluß des Turnens wurde von den Turnern sowie von der Schülerriege wunderschöne Pyramiden vorgeführt.

Unser erster Beigeordnete, Herr Beuth, sprach dann dem Verein im Namen aller Anwesenden seinen herzlichsten Dank für die schöne Feier und Leistungen des Vereins aus und wünschte dem Verein auch weiterhin gute Fortschritte. Durch das Auftreten der Turner sowie dem Verlauf der ganzen Feier war zu sehen, daß die Leitung des Vereins in guten Händen ist, deren Bestreben ist, Zucht und Ordnung zu fördern. Wünschen wir dem Verein gutes Gedeihn.

Gerichtliches.

Grevenbroich, 13. Jan. (Schöffengerichtssitzung.) Im Wiederaufnahmeverfahren wurde verhandelt gegen den Metzger Franz W. aus Garzweiler wegen Diebstahls eines Pferdes zum Nachteile des Landwirts G. in Belmen. Der am 12. Oktober v. J. zu 1 Jahr Gefängnis verurteilte Angeklagte wurde freigesprochen mit der Begründung, daß W. zurzeit der Tat sich in einem Zustande befand, der seine freie Willensbestimmung ausschloß. — Der Arbeiter August M. aus Hoisten stahl ein Fahrrad und verkaufte es an den Arbeiter Philipp V. daselbst, der sich deshalb, weil er wußte, daß es gestohlen war, der Hehlerei schuldig machte. Strafe für M. 14 Tage, für V. 3 Tage Gefängnis. — Wegen einer größeren Getreideschiebung mit 1600 Pfund 1000 Pfund Hafer hatten sich zu verantworten: Hauptstellenaufseher Heinrich H., Landwirt Michael N. und Gemüsehändler Heinrich R. aus Büderich. Die Strafe für sie war: je 1 Monat Gefängnis und je 5000 Mark Geldstrafe oder für 15 Mk. 1 Tag Gefängnis und Beschlagnahme des Getreides. — Ackergehülfe Anton P. aus Kapellen hatte sich wegen Beleidigung des Gemeindevorstehers L. in Kapellen zu verantworten. Strafe 20 Mk. evtl. 2 Tage Gefängnis. — Ackerer Reiner P. und Ackerergehülfe Heinrich P. aus Jackerath hatten sich wegen Beiseiteschaffens von 453 Pfund Brotgetreide zu verantworten, weshalb sie zu je 300 Mark oder 20 Tage Gefängnis verurteilt wurden. — Wegen unbefugter Einfuhr von Kaffee aus Holland hatte sich der Gärtnergehilfe Theodor S. aus Steffen zu verantworten. Strafe: 3 Tage Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe.

Aus Nah und Fern.

Düsseldorf, 13. Jan. (Strafkammer.) Nach einer Hamsterfahrt ins Westfälische war der Arbeiter Adolf Bl. aus Kaarst auf dem Bahnhofe in Neuß mit 25 Pfund Butter abgefaßt worden. Die Butter im Werte von 750 Mark wurde beschlagnahmt. Bl. erhielt einen Strafbefehl auf einen Tag Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe lautend. Das Schöffengericht in Neuß ermäßigte die Strafe auf eine Geldbuße von 100 Mark, wogegen der Amtsanwalt Berufung einlegte, sodaß Bl. jetzt vor der Düsseldorfer Strafkammer stnd. Der Angeklagte gab an, die Butter für den eigenen Verbrauch eingekauft zu haben, nur einen kleinen Teil habe er verkaufen wollen. Die Strafkammer erkannte auf einen Tag Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, weil nach den neueren Gesetzen Schleichhandel mit Gefängnis bestraft werden muß.

Lank, 14. Jan. Der Oberstaatsanwalt in Krefeld erläßt folgende Bekanntmachung: Am 10. Januar 1921, abends in der Zeit zwischen 5 und 7 Uhr nachmittags, wurde in Lank der Kleinhändler Lorenz Reiners in seinem Hause ermordet aufgefunden. Der Ermordete wurde von den Tätern am Halse gewürgt und mit einem am Tatort zurückgelassenen Spitzhammer auf den Kopf schwer verletzt, alsdann an Händen und Füßen gefesselt und stark geknebelt. Die Mörder begaben sich dann in die obere Wohnung, durchwühlten dort alles und verpackten ihren Raub in Pappkartons, mit denen sie, aus dem Hause kommend, gesehen wurden. Der Tat dringend verdächtig sind drei Leute, die am 10. Januar 1921 mit der Rhein. Kleinbahn ab Düsseldorf Ratingertor gegen 3 Uhr nachmittags nach Latum gefahren sind und wie folgt beschrieben werden: Der Erste: etwa 24—27 Jahre alt, 1,70—1,76 Meter groß, dunkelblond, war bekleidet mit halblangem, dunkelblauem Ueberzieher mit Gürtel, grauer Reithose und Sportstrümpfen; trug Kneifer, hatte auffallend starke O-Beine. Der Zweite: etw 20—27 Jahre alt, blond, schlank, kleinen blonden Schnurrbart, 1,70—1,75 groß, dunklen Anzug und Ueberzieher und ebensolchen Hut. Der Dritte: 25—30 Jahre alt, zirka 1,68—1,73 Meter groß, hinterm linken Ohr eine talergroße haarlose Stelle, blond, kleinen Schnurrbart. Auf die Ermittelung der Täter ist eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt. Ich bitte zweckdienliche Angaben, die zur Aufklärung der Tat, bezw. Ermittelung der Täter führen könnten, unter 7 J 180/21 an den Unterzeichneten, das Kriminal-Amt I, hier, Westwall 127, oder die Polizei-Verwaltung in Lank zu richten. Krefeld, 12. Jan. 1921.

Köln, 13. Jan. Zu dem Raubmord an der Heumarkthändlerin Bremm teilt die Staatsanwaltschft mit, daß die Indizienbeweise gegen die der Tat verdächtigen Frau Brückner erdrückend seien. Außer blutbefleckten Kleidern fand man zwischen der Wäsche der Brückner über 4000 Mark blutbeflecktes Papiergeld, das der Ermordeten geraubt worden ist. Trotzdem leugnet die Verhaftete noch immer.

Köln, 13. Jan. Nelkölschen Abend veranstaltet am Montag, 17. Januar, abends 7½ Uhr im großen Saale der Bürgergesellschaft der Verband der katholischen Jünglings- und Jungmännervereine Deutschlands, Bezirk Köln linksrheinisch. Zu diesem Abend ist ein auserlesenes Programm zusammengestellt worden; es wird in der Hauptsache von den besten Kölnern Mundartdichtern bestritten werden. Ein Vortrag „Die Kölner Mundart und ihre Dichter" wird den Abend einleiten, ein 26 Mann starkes Vereinsorchester wird alte Kölner Volkslieder neu aufleben lassen. Auch das Kochsche Krippenspiel in Kölner Mundart „De hellige Naach" soll bei dieser Gelegenheit vor einem größern Kreise zur Aufführung gelangen.

Aachen, 13. Jan. Das belgische Kriegsgericht fällte ein Urteil von außerordentlicher Tragweite gegen den derzeitigen Vorsitzenden der Vereinigten kommunistischen Partei, Ortsgruppe Aachen. Wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen der Hohen Interalliierten Kommission wurde er zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Auf der Tagesordnung einer Mitgliederversammlung stand als Verhandlungspunkt „Der Parteitag zu Halle" und andere Dinge. Der Angeklagte, dem vorgeworfen wurde, er habe sich nicht an die Tagesordnung gehalten und den Rednern nicht sofort das Wort entzogen, erklärte, auf dem Parteitag sei über die angeschnittenen Fragen gesprochen worden, und es sei unmöglich, eine Debatte über den Verlauf des Parteitages und seine Bedeutung zu führen, ohne über die Punkte zu sprechen, die auch den Parteitag beschäftigt hätten. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Essen, 13. Jan. Am 11. Januar gegen 8 Uhr abends wurde im Personenzug 427 zwischen dem Bahnhof Hügel und Essen-Stadtwald die Frau des Fuhrunternehmers Eickholz aus Essen-West, die allein in einem Abteil zweiter Klasse saß, von einem nach der Abfahrt von Hügel nachkommenden jungen Mann mit gezücktem Messer bedroht und beraubt. Uhr, Halskette und 2000 Mark hat Frau Eickholz hergeben müssen. Die Dame zog die Notbremse. Als der Zug stand, flüchtete der Räuber, der ein Taschentuch vor das Gesicht gebunden hatte, in der Richtung nach dem Kruppschen Wald und ist unerkannt entkommen. Auf die Ergreifung des Täters hat die Eisenbahnverwaltung eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt.

Dinslaken, 13. Jan. Der 21jährige Sohn des Bergmanns Galiz in Lohberg ist unter dem Verdacht verhaftet worden, einen Vater getötet zu haben. Letzterer wurde morgens in der Wohnung tot aufgefunden, schwere Verletzungen am Kopfe deuteten auf einen gewaltsamen Tod hin. Der jugendliche Sohn gesteht ein, seinen Vater nach einem Wortwechsel mit einem Stuhl erschlagen zu haben. Die Ursache soll in Familienzwistigkeiten zu suchen sein. Nach der grauenvollen Tat hat sich der Sohn ruhig zu Bett begeben.

Trier, 13. Jan. Ein Händler, der bei Serrig (Saar) eine Menge unsittlicher Bilder in das Saargebiet einzuschmuggeln versuchte, wurde von der hiesigen Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Von den Märkten.

Neuß, 14. Jan. Notierungen des Neußer Produktenmarktes vom 13. Januar 1921:

Plata Mais	350 Mark
Maisfuttermehl	300 Mark
Rübkuchen	150 Mark
Palmkuchen	225 Mark
Leinkuchen	280 Mark
Seesamkuchen	260 Mark
Kokoskuchen	200 Mark
Viktoria-Kocherbsen	450—500 Mark
Futtererbsen	300—320 Mark
Futterbohnen	230—250 Mark

alles für 100 Kilo. Besuch gut, Geschäft lustlos.

Kunst und Leben.

4. **Volks-Musik-Abend.** Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der 4. Volks-Musik-Abend nicht am Sonntag stattfindet, sondern auf Sonntag, den 23. Januar verlegt werden mußte.

„Die Dollarprinzessin", Operette in 3 Akten, Musik von Leo Fall. Die von angenehmen, wohlbekannten Melodien belebte Operette findet im Apollotheater allabendlich ein gutbesetztes Haus. Alfred Felden trifft als Dollarkönig Cauder den Ton des humorvollen, eilfertigen Alten. Frl. Menzel als Gast gibt in flüssigem Spiel die begehrte und verschmähte „Dollarprinzessin", der in Edmund Ferrg ein flott gespielter Privatsekretär und Bewerber gegenüber tritt. Hervorgehoben seien noch Frl. Lessing als temperamentvolles „Jüngstes", ihr durch Seelenruhe glänzender Partner „Baron und Reitknecht" v. Schlick (Fritz Grüner) und Frieda Walden als hochstapelnde Olga Labinska. Der naive Vetter und der steifleberne Onkel finden in E. Kürke und C. Correggio verständige Darstellung. Vielleicht darf man dem einen oder andern der Darsteller raten, nicht zuviel an eigenem Humor dazuzugeben. Daß die Würze der Darstellung trotzdem nicht leidet, wird der Geschicklichkeit der Künstler um so größeres Lob sprechen.

Darf man bei der Direktion anregen, einer strikten Durchführung des Rauchverbots und eventuell dem Garderobenzwang näherzutreten?

Es sei noch darauf hingewiesen, daß Samstag abend 7½ Uhr eine besondere Wohltätigkeitsvorstellung zum Besten der Kinderhilfe stattfindet.

Spiel und Sport.

Deutsche Jugendkraft. Am Sonntag trafen sich auf dem Sportplatze an der Bergheimerstraße die zweite Mannschaft von St. Marien und die gleiche Mannschaft der Jugendvereinigung 96 M.-Gladbach. Das Spiel endete unentschieden (1 : 1). Es war dies das zweite Spiel in der zweiten Serie. Im ersten gegen Rheydt siegte St. Marien mit 7 : 0 Toren. Die zweite Mannschaft St. Marien steht jetzt in der Tabelle an dritter Stelle und hat gute Aussichten, die Führung zu bekommen. — Die erste Mannschaft von St. Marien trat vergangenen Sonntag gegen die erste Mannschaft von Jugendvereinigung 96 M.-Gladbach zum Meisterschaftsspiel an. Hier siegte M.-Gladbach mit 1 : 0 Toren. Gegen Rheydt 13 gewann St. Marien am 2. Januar mit 2 : 1 Toren.

Freitag, den 14. Januar findet im Hohenzollern-Restaurant eine Bezirksspielausschußsitzung statt, wozu sämtliche Vereine einen Vertreter entsenden wollen.

Landwirtschaftliches.

Ausdruschfrist für Brotgetreide und Gerste.

Der außerordentlich schlechte Stand der Ablieferung von Brotgetreide und Gerste macht es notwendig, daß die noch vorhandenen ungedroschenen Vorräte an Körnerfrüchten dieser Art möglichst bald ausgedroschen werden. Der Preußische Staatskommissar für Volksernährung hat daher auf Grund des § 5 der Reichsgetreideordnung als äußersten Zeitpunkt, bis zu dem jeder Besitzer von beschlagnahmten Vorräten an Brotgetreide und Gerste diese auszudreschen hat, den 31. Januar 1921 festgesetzt. Daß diese Frist nicht länger bemessen ist, findet seine Begründung im wesentlichen darin, daß im vergangenen Jahre die Herbstbestellung infolge der günstigen Witterung fast durchweg Mitte November beendet war, so daß also den Landwirten zwei bis zweieinhalb Monate Zeit zum Ausdrusch ihres restlichen Getreides zur Verfügung stand.

Heraus aus der Kleidernot!

Um allen Bevölkerungsschichten Gelegenheit zu geben, aus der Kleidernot herauszukommen, bringen wir in unserem Inventur-Ausverkauf ohne Rücksicht auf Selbstkostenpreis, ohne Rücksicht auf Verluste

enorme Waren-Mengen

in Herren-, Burschen- und Knaben-Kleidung

zum nie wiederkehrenden Angebot.

Versäume niemand unsere umfangreichen Ausstellungen und die zum Verkauf gelangenden Waren anzusehen. Besichtigung ohne jeden Kaufzwang.

Hettlage, Düsseldorf, Kloster-strasse.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, Dienstag nachmittag 6 Uhr meinen lieben Gatten, unsern guten Vater, Bruder, Schwager und Onkel, den wohlachtbaren

Herrn Josef Schumacher

nach langem, schweren, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 41 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die tieftrauernde Gattin:
Witwe Josef Schumacher
Cäcine geb. Freihals
nebst 4 Kindern
und die übrigen Anverwandten.

Neuss, Düsseldorf, Grevenbroich. Bedburg, Blerichen, den 13. Januar 1921.

Die feierlichen Exequien werden gehalten am Samstag, den 15. Januar, vormittags ½9 Uhr, in der St.-Dreikönigenkirche, daran anschliessend um 10 Uhr die Beerdigung vom Trauerhause Eichendorffstrasse 49 aus, wozu hiermit freundlichst eingeladen wird.

Gesellschaft für Buchdruckerei.

Die Jahresmesse

für unser verstorbenes Mitglied

Herrn Kaplan Schmitz

wird Samstag, den 15. Jan. morgens 7 Uhr in der Münsterkirche gehalten.

Bekanntmachung.

Laut Mitteilung des hiesigen Kantonnementskommandanten wurde in letzter Zeit der Telefondraht, der die Hammerbrücke mit einem im Norden des Erftkanals stehenden Posten verbindet, mehrfach zerstört und ist auch versucht worden, Teile desselben zu entwenden.

Indem ich dies zur öffentlichen Kenntnis bringe, warne ich dringend vor derartigen Handlungen, die für die Täter kriegsgerichtliche Strafen, aber auch für die Allgemeinheit empfindliche Nachteile zur Folge haben können. So ist z. B. im vorliegenden Falle bei erneuter Beschädigung der Telefonleitung in Aussicht genommen, die berührten Gebiete für den öffentlichen Verkehr zu sperren.

An die Bürgerschaft richte ich die dringende Bitte, die Verwaltung bei der Ermittlung der Täter zu unterstützen.

Zweckdienliche Angaben können bei jedem Polizeibeamten, außerdem im Rathaus Zimmer 24 gemacht werden.

Neuß, den 10. Januar 1921.

Die Pol.-Verw. Der Oberbürgermeister. J. V.: Hüpper.

Wohnungsnot.

Die Gemeinde ist geneigt, zur Beschaffung weiterer Wohnungen behufs Beseitigung bezw. Verminderung der Wohnungsnot für den Umbau passender Scheunen und anderer Gebäude neben Hergabe des Baukapitals einen Bauzuschuß von 50 Prozent der Baufumme zu bewilligen.

Diejenigen Bürger, die zu einem Umbau geneigt sind, wollen sich bald mit mir in Verbindung setzen.

Büttgen, den 12. Januar 1921.

Der Bürgermeister: Grootens.

Darlehn von 22 000 M. auf 1. Hypothek gesucht. Offerten unt. G. 2193 an die Exped. dieser Ztg.

Wer tauscht 1. oder 2. Etage g. sch. Unterk., 3 Zimmer. Offerten unt. M. 2197 an die Exped. dieser Ztg.

Bess. Herr sucht möbl. Zimmer mit Morgenkaffee. Offerten erb. u. Z. 2200 an die Exped. d. Ztg.

Schön möbl. Mansarde mit Frühstück zu verm. Off. u. R. 2198 a. d. E.

Mechthildis!

Die glückliche Geburt eines

prächtigen Mädels

zeigen hocherfreut an

Quirin Nass und Frau
Christine geb. Ermbter.

Neuss, den 12. Januar 1921.

Kleineres Landgut

in Umgebung von Düsseldorf, Neuß, Düren, oder Eifel mit großem Wohnhaus, Stallung, großem Garten, Wiesen und 20—30 Morgen Acker einschließlich lebendem u. totem Inventar bei sofortiger Uebernahme zu kaufen gesucht.

Gefl. Angebote unter T. 569 an die Exp. dieser Ztg.

Eine in **Barmen-Elberfeld** sowie nächster und weiterer Umgebung bestens eingeführte Firma mit Lagerräumen und Fuhrwerken, sucht die

Vertretung
einer leistungsfähigen Neußer Oelmühle
für Speiseöle
zu übernehmen.

Größere Partien Oel werden stets für eigene Rechnung übernommen.

Kaution kann ebenfalls gestellt werden.

Angebote u. **10162** an Annoncen-Expedition **A. Baumgarten, Barmen.**

Ladenlokal! (beliebiges Geschäft) eventl. mit Haus zu mieten od. zu kaufen gesucht. Beteilige mich auch mit Kapital an bestehendem Geschäft. In Frage kommt nur Verkehrsstraße.

Näh. Glockhammer 34.

Zwei alleinstehende junge Herren suchen sofort oder zum 1. Februar

möbl. Zimmer

am liebst. m. voll. Pens. Offerten unt. A. 2201 an die Exped. dieser Ztg.

Hiesiges Fabrikgeschäft sucht zum baldig. Eintritt einen

jungen Mann

oder ein **Fräulein** für allgemeine Kontorarbeiten.

Offerten unter O. 566 die Exped. dieser Ztg.

Tücht. Former

für Modell- u. Schablonenguß gegen hohen Akkordlohn sofort gesucht von **Maschinenfabrik Grevenbr.** in Grevenbroich.

---

2 Pferdejungen

von 17 Jahren zu Lichtmeß gesucht.

Jos. Splinter,
Odenkoven b. Odenkoven.

Chauffeur

zuverlässig und selbständig, sucht

P. J. Samberz,
Gladbacherstr. 19.

Suche zum Verkauf der **Alarm-Kassette „Chag"** einige tüchtige Vertreter. Eisenhändler bevorzugt.

Jos. Jacobs,
Kommissionär,
Amern, Rheinl.

17—18 Jahre alter

Knecht

zu einem Pferde gesucht.

Zu erfr. bei **M. Istas, Grevenbroich.**

Tücht'ger Arbeiter

d. Erfahrung im Instandsetzen von Säcken auf der Sackflickmaschine hat, aushilfsweise für einige Zeit gesucht.

Wilh. Werhahn, Neuß.
Aut. Walzenmühle.

Zu Lichtmeß ein fleißig., braver **Junge** gesucht, der m. Pferden umgehen kann.

Jos. Bins, Landwirt.
Schiesbahn,
Unterbroich 45.

Kräftiger Junge

für die Landwirtschaft, v. 14—16 Jahren, daselbst ein jüngeres properes **Mädchen**, beide zu Lichtmeß gesucht. Guter Lohn und gute Behandlung.

Offerten unt. U. 570 an die Exped. dieser Ztg.

Suche für meinen Sohn, w. Ostern entlassen wird, Stelle als **Schlosserlehrling** bei kath. Meister mit Familienanschluß.

Wer, sagt die Exp.

Schulentlassene Jungen, am liebsten vom Lande, f. leichte Arbeit gesucht.

Drogengroßhandlung
Apoth. H. Kilbinger,
Büchel 22.

Kontoristin

für Fakturenwesen, Buchhaltung u. Schreibmasch. von hiesiger Großhandl. für bald gesucht.

Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter K. 573 an die Exped. dieser Zeitung.

Hiesiges größeres Fabrikunternehmen sucht zum baldigen Eintritt

Fräulein

für Schreibmaschine nach Diktat und allgemeine Bürvarbeiten.

Offerten unt. W. 572 an die Exped. dieser Ztg.

Mädchen, welches etwas melken kann, bei Familien-Anschl. geg. hoh. Lohn ges. Nievenheim, Oberstraße 13.

---

2 Mädchen aus gut. Fam. suchen Stelle in kleinem Haushalt. Off. u. O. 2191 an die Exp. dieser Ztg.

Braves **Mädchen,** Alter 14—16 J., a. liebst. v. 2. für kl. Haushalt, 1 Kind, nach Düsseldorf gesucht.

Näh. Neuß, Crefelderstr. 49, wo auch ein **Mädch.** f. halbe Tage gesucht wird.

Sauberes Mädchen

für sofort gesucht.

Tilmes, Salzstr. 19.

Jüngeres saub. Mädchen für Hausarb. in ruhigen Haush. g. gut. Lohn ges.

Niederstraße 36.

Ein in Küche u. Hausarb. erf. tücht., braves, kathol. **Mädchen** zum 1. April od. früher gesucht.

Büsges, Wendersstr. 5.

Zu Lichtmeß ein fleißig.

Mädchen

für alle Hausarbeiten ges.

Frau Gottfried Schmitz,
Grimlinghausen,
Reuterhof.

J. Mädchen f. Lehrstelle zum Nähen. **K. Schmidt, Capellen,** Rosenstr. 3.

Zuverl. kinderl. Mädchen für Hausarbeit bei gutem Lohn sofort gesucht.

Büchel 51.

Mädchen v. L., 23 J. a., sucht Stelle im Gutshaushalt als Stütze d. Hausfr. bei Familienanschl. Off. u. Z. 2198 an die Exp.

Mädchen

f. alle Hausarb. in kleinen Haushalt (1 Kind) gesucht.

Breitestraße 72 a.

Junges Dienstmädchen, w. z. Hause schlaf. k., gesucht. Zu erfr. in der Exped.

Besseres, kräftiges

Lehrmädchen

f. Konditorei p. bald ges.

Konditorei Schnabel,
Düsseldorf, Karlsstr. 23.

Schneiderin f. ins Haus ges., w. Hauskl. und evtl. Knabenanzüge anfertigt.

Offerten unt. P. 2199 an die Exped. d. Ztg. erbeten.

Große Treibjagd
extra schwere
Waldhasen
eingetroffen.

Diese kommen ganz und geteilt wie **Rücken, Keulen und Hasenpfeffer,** pfundweise zum Verkauf.

Niederstr. 17. **Friedr. Walge** Telefon 274.

Großer Preisabschlag.

Allerfeinstes Schmalz	p. Pfd. nur		16.00 M.
Sahnenmilch, große Büchs.	„ „	„	10 00 „
Garantiert frische Eier	„ Stück	„	2.65 „
Chester Käse	„ Pfd.	„	20.00 „
Holländer Käse	„ „	„	20.00 „
Edamer Käse	„ „	„	22.00 „
Mainzer Käse	„ Stück	„	0.70 „
Rollmöpse	„ Pfd.	„	8.00 „
Feinste Kieler Sprotten	„ „	„	10.00 „
Apelsinen	p. Stück 1.00, 1.20, 1.50,		2.00 „
Citronen	p. Stück 70 Pfg., 3 Stück		2.00 „
Johannisbrot	p. Pfd.		5.00 „
Feigen	„ „		8.00 „
Haselnüsse	„ „		8.50 „

Montag erhalten wir einen Waggon feinste **Valencia- u. Murcia-Blut-Apfelsinen,** welche wir an Wiederverkäufer zu billigsten Preisen abgeben.

Johann Hilgers, Capitelstraße 1.
Hermann Tabmen, Büchel 45.
Jakob Zell, Krämerstraße 3.

Preiswertes Angebot!

Empfehle:

Kaffee, Ia. Qualität, frisch gebrannt, zu M. 24 und 26 und 28 das Pfund

Feinstes Grießmehl	zu M.	4.00	„ „
Feinstes Kartoffelmehl	zu M.	5.00	„ „
„ Buchweizenmehl	zu M.	5.50	„ „
Prima Haferflocken	zu M.	4.50	„ „
„ gelbe Erbsen	zu M.	3.50	„ „
„ Rübenkraut	zu M.	2.90	„ „
„ Back-Oel	zu M.	22.—	„ „
„ Salat-Oel	zu M.	28.—	„ „
„ Kernseife (Doppelstück)	zu M.	4.50	

ff. Margarine zu M. 13.50 das Pfund.

Sämtliche **Conserven** und alle anderen **Lebensmittel** zu vorteilhaften Preisen.

Josef Baum (vorm. Krings),
Colonialwaren und Delikatessen,
Jülicherstr. 36. **Telef. Nr. 735.**

Für Wiederverkäufer!

Frisch eingetroffen. Ein Waggon

Riesen-Rollmops.

Lager Neuss Hafenstr. 18. **Klaus Jungblut.**

Schöner sechsjähriger

Fuchswallach

mittelschwer, garantiert zugfest und fehlerfrei, am liebst. an Landwirte abzg.

Doerr-Oberkassel.
Barmerstr. 12.

Schönes Wagenpferd, das auch Landarbeit verrichten kann, zu verkauf. Geulenstraße 18.

---

2 Bullenkälber

4 und 8 Wochen alt, zur Zucht geeignet, hat abzugeben:

Gestüt Lauvenburg,
Neuß III.

Ein schöner

Marktwagen,

in sehr gutem Zustand, 30 Ztr. Tragkr., bill. zu verk.

Dohmen, Geulenstr. 37.

Kastenwagen

groß und stark gebaut, pr. Räder und Federn, Pat.-Achsen, billig zu verkauf.

Anfragen unt. U. 2196 an die Exped. erbeten.

Sechs Legehühner u. ein Hahn zu verkaufen.

Glockhammer 32.

Vier junge Boxerhunde zu verkaufen, daselbst auch **Kleesamen** zu haben.

Kaarst-Hinterfeld D. 11.

Großer Wach- u. Zughund zu verkaufen.

Grimlinghausen,
Kirchstr. 57.

---

1 Gleichstrom-Motor

440 Volt, 4—5 PS., 1000 bis 1200 Umdrehungen, m. Anlasser f. Vollast-Spannschienen, Schalttafel mit Ampèremeter, komplett, zu kaufen gesucht.

Angebote erbeten Postschließfach Neuß 155.

Motore,

für Gleich- u. Drehstrom f. 220/380 220/440 Volt, **Benzin-Motore** bis 10 PS. sofort ab Lager liefert

H. Lofing,
Büderich bei Neuß.
Telefon Neuß 226.

Ein Dreirad

zu verkaufen.

Berghäuschensweg 45.

Apollo-Theater Neuss.

Dir. **W. Herbrechter.**
Telefon 869. Erftstrasse 58

Samstag, den 15. Jan., abends 7½ Uhr

Grosse Wohltätigkeits-Vorstellung zum Besten der Deutschen Kinderhilfe.

„Die Dollarprinzessin"

Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Die Preise der Plätze erhöhen sich für diese Vorstellung um je 50 Pfg. Der Ueberschuss wird dem hiesigen Wohlfahrtsamt zum Besten der Deutschen Kinderhilfe überwiesen.

Die Direktion.

Am Samstag, den 15. Jan. 1921 veranstaltet der

Grenadierzug Vergißmeinnicht

im großen Saale von **Birkenhauer** einen

Ballabend

wozu alle Grenadiere, Freunde und Bekannte herzlich eingeladen sind.

Der Vorstand.

— Anfang 6 Uhr. —

Vereinskalender.

Kath. Gesellenverein Neuß. ((Theater-Abteilung.) Freitag abend 8 Uhr: Bühnenprobe im Marienhause, Tückingstraße.

Vereinigung kathol. Kirchenangestellter. Montag nachm. ½3 Uhr, bei Schmitz, Glockhammer: Außerordentliche Generalversammlung.

Jünglingskongregation St. Dreikönigen. Freitag abend 7 Uhr: Orchesterprobe Nordkanalallee 44.

Kath. Jünglingsverein Kaarst. Freitag abend um 8 Uhr: Generalprobe bei Motes. Die Vereinsmitglieder können ihre Eintrittskarten daselbst am Sonntag nach dem Hochamte abholen.

Kath. Jünglingsverein Kapellen. Freitag abend Versammlung bei Zöller. Ausgabe der Theaterkarten.

Umzugshalber zu verk.: **1 Schrank, 1 Tisch, Stühle, 1 Waschtisch mit Marmor, 1 Bett und 2 Schweine.**

Frau Esser, Glehn,
Kirchstraße 107.

Kücheneinrichtung

Schrank, Anrichte, Tisch, Stühle, zu M. 1000.— zu verkaufen. Markt 23.

Zu verkaufen:

1 Bohrmaschine bis 16 mm, **1 Drehbank,** ca. 1.50 lang, **1 Transmission** mit Scheiben, **1 Sackaufzug** m. Motor, **1 Lichtmaschine,** 1000 W., **2 Motore,** 0,5 PS., 220 V.

H. Lofing,
Büderich bei Neuß,
Telefon Neuß 226.

---

1 neue weiße **Küchenein-richt.,** gebr. **Kleiderschrank, Waschkommoden,** 1 Mahag., eine and. **Lein.-Kom., Federbett.,** 1½schl. **Betten** m. Matr. 1 pol., 1 and. **Vertikow,** schwarz, **Herd, 1 Biederm. Spiegel, Tische, Stühle,** w. Raummangel bill. zu verkaufen.

Neuß, Rheinwallstr. 19.

Gut erh. Kinderbett mit Matr. zu verkaufen.

Oberstraße 58.

Ein Kinderwagen u. ein **Ofen** zu verkaufen.

Nork, Bahnstraße 18.

Gebrauchte Küchenaustichtung zu verkaufen.

Zu erfr. in der Exped.

Eifel-Verein.
Winterfest

am Samstag, den 15. ds. M., abends 6 Uhr, i. Gasthofe **Neckenig,** bestehend in **Konzert, Theater und**

Ball.

Der Vorstand.

Guterh., schw. Tuchmantel, auf Seide gef. bill. abzug. Annostraße 8.

Brautkranz m. Schleier u. Myrthen, n. neu, zu verk. Wo, sagt die Exp.

Gut erh. Waschmasch. zu kaufen gesucht.

W. Schmitz, Drususstr. 5.

Konzert-Zither mit Zubehör und Kasten zu verkaufen.

Neuß, Mühlenstr. 9.

Rundschreiben
in
Schreibmaschinenschrift
fertigt schnellstens
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß,
Niederstraße 46.

---

1 großer, 1 kleiner Hausschuh verloren. Bitte abzugeben **Bahnstraße 7 a.**

Freitag, 14. Januar 1921 — **Neuß-Grevenbroicher Zeitung** — 48. Jahrgang — Nummer 10

Es war einmal.

Wir lesen im Bayerischen Kurier u. a.:

Es war einmal der herrlichste Erdteil — unser Europa. Gott selber hatte seine Freude daran, har sein ewiges Rom da hineingebaut und wie nirgends in der Welt von seinen ungezählten Tabernakeln und Gnadensegen und Erdenglück mit vollen Händen ausgeteilt. Und jetzt! Ein weiter Friedhof ists mit ungezählten riesenlangen Gräberreihen. Europa ein Friedhof! Doch nein, es ist ja nirgends Friede. Fast eher noch ein Schlachtfeld. Ueberall gärr es und brodelts, überall züngeln die Flammen des Hasses und der Leidenschaft.

Es lag einst im Herzen Europas ein stolzes Reich, eine Großmacht, eine Weltmacht. Bis über das Land der Morgenstille spannte es die Netze seiner Macht, und wenn die Sonne am Abend sank, vergoldete sie noch mit letztem Strahl die Handelsflagge eines deutschen Dampfers. Und jetzt!

Es standen in diesem Deutschland gefeierte Throne. Viel Lieb und Treu band Fürst und Volk einstmals zusammen in Freud und Leid zu allem Guten und Großen. Aber im eitlen Dunst von Schmeichelei und in ihrem Eigendünkel verloren beide den Aufblick zum König der Könige. Eine einzige Macht brach alle Zepter, warf alle Throne um. . . .

Ein edles Volk lebte einst in deutschen Landen. Weit um die Erde klang das Lied von deutscher Treue, deutscher Zucht und deutscher Liebe. „An deutschem Wesen muß die Welt genesen." Noch 1914 erstanden aus diesem Volke ganze Armeen von Betern und Helden. Und jetzt! Aus dem Volk der Beter und Helden wuchsen immer zahlreicher die Kriegsgewinnler, die Wucherer, die Schieber und Lumpen. Rascher denn je geht der Tanz ums goldene Kalb, der sinnlose Tanz um Genuß und Sünde.

Deutsches Reich! Es war einmal ein Reich! Ein geordneter Staat. Ein Ganzes, in dem jedes seinen Platz hatte und seine Pflicht tat. Fast wie eine Maschine, so genau war die Arbeit. Aber gerade an diesem feinem Mechanismus ging der alte Staat zugrunde.

In diesem Deutschland war einmal Revolution. Was wurde da nicht alles versprochen! Jetzt erst sollte das deutsche Volk herrlichen Zeiten entgegengeführt werden! Was hat die Revolution der Allgemeinheir wirklich gebracht? Immer noch ist wenig zu entdecken. Auch die sozialdemokratischen Zeitungen sind sehr kleinlaut ge worden. Quessel, einer ihrer Führer, gesteht: sie brachte eine Entspannung des Arbeitswillens und die Verdrängung des Allgemeininteresses durch das berufsegoistische also selbstsüchtige Interesse. „Was wir sehen," so heißt es weiter bei ihm, „ist Aufruhr, Putsch, Arbeitsunlust, stilliegende Betriebe, desorganisierte Verkehrsmittel, verschmutzte Straßen, verwahrloste Häuser, unsauber Wohnungen." In der sozialistischen „Glocke" heißt es ganz offen: „Revolutionär kann nur zerstören, nicht aufbauen!"

Es war einmal . . . Ja — es war einmal ein — Paradies! Aber die Menschen wollten sein wie Gott. So wurden sie vertrieben. Die Menschen vor, in und nach dem Kriege wollen ähnliches. Sie wollen zum großen Teil über Gott hinaus sein oder sich doch nicht mehr um ihn bekümmern. Ein Unglück um das andere stellt sich an ihren Weg. Das ist die Strafe und zugleich auch Wohltat.

Es war einmal Frühling, und es soll wieder Frühling werden in Deutschland, christlicher und nationaler Frühling, und dazu mit beizutragen soll die ehrende Aufgabe und der Stolz eines jeden Deutschen sein!

Urabstimmung der Eisenbahner.

Berlin, 13. Jan. Das Ergebnis der Urabstimmung der Eisenbahnbeamten liegt jetzt für die ehemals preußisch-hessischen, sächsischen, oldenburgischen und mecklenburgischen Bezirke vor. Danach haben von insgesamt vorhandenen 319 732 Beamten nur 73,5 v. H., nämlich 235 000 Beamte, an der Abstimmung teilgenommen. Für den Streik haben nach Mitteilung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten 192 953 Beamte, also 60,3 v. H. der Beamtenschaft, gestimmt. Es ist anzunehmen, daß bei Berücksichtigung der noch nicht vorliegenden Ergebnisse aus Bayern, Württemberg und Baden der Prozentsatz der für den Streik stimmenden Beamten noch wesentlich, voraussichtlich bis unter 50 v. H., zurückgehen wird.

Regierungsrücktritt in Schwerin.

Schwerin, 13. Jan. Das Staatsministerium unter Führung des Volksparteilers Professor Reinecke-Block erklärte im Landtage nach fünfeinhalbmonatiger Amtsdauer seinen Rücktritt. Anlaß zum Rücktritt gab das Mißtrauensvotum der Linksmehrheit wegen der Erklärung des Justizministers zu der sozialdemokratischen Interpellation über die Freisprechung von drei früheren Zeitfreiwilligen durch das Schwurgericht, welche der Beihilfe an dem Morde des Gutsbesitzers Jehnke wegen der Märzunruhen angeklagt waren. Die Regierung erklärte sich mit dem Justizminister solidarisch. Der Ministerpräsident antwortete auf die Angriffe der Linken u. a: Nur völlige Unkenntnis könne zu der Bezichtigung gegen den Justizminister Anlaß gegeben haben. Er betonte auf das energischste dessen tadellose Haltung. Zu dem Bericht über Orgeschverhältnisse in Mecklenburg erklärte der Ministerpräsident, daß das Ergebnis der Untersuchung der Regierung keinen Anlaß geben könne, die Orgesch zu verbieten. Auch in diesem Punkte würde die Regierung der oppositionellen Linksmehrheit begegnet sein.

Die erhöhten Kohlenforderungen.

Paris, 13. Jan. Der Temps teilt heute abend mit, daß der Wiedergutmachungsausschuß für die Monate Februar und März ein vorläufiges Kohlenlieferungsprogramm vorgeschlagen habe. Man will für die beiden Monate eine regelmäßige Lieferung von 2 200 000 Tonnen verlangen sowie eine Zusatzlieferung von je 240 000 Tonnen,

Die Reform des deutschen Strafrechts.

Um der Oeffentlichkeit rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu bieten, beabsichtigt die Regierung, in den nächsten Tagen die neuen Strafgesetzentwürfe zu veröffentlichen. Ueber die leitenden Prinzipien der Reform macht Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium Dr. Bunce in der „Deutschen Juristenzeitung" folgende Mitteilungen: Die Entwürfe gehen von dem Grundsatze aus, daß der Täter, nicht die Tat zu strafen ist. Infolgedessen wird dem Richter ein weiteres Maß von Freiheit eingeräumt als nach dem geltenden Strafrecht. Auch der Entwurf knüpft die Strafdrohung an bestimmte, im Gesetze selbst bezeichnete Tatbestände und stellt für einen jeden Tatbestand einen Strafrahmen auf, innerhalb dessen sich die Strafe im Regelfalle zu bewegen hat. Um aber den besonderen Umständen des Falles in hohem Maße Rechnung zu tragen, werden die besonders leichten Fälle einerseits und die besonders schweren Fälle andererseits eingeführt, deren Strafen innerhalb des ordentlichen Strafrahmens liegen. Ferner sind Strafmilderungsvorschriften für den Fall des Irrtums, des untauglichen Versuchs und der verminderten Zurechnungsfähigkeit vorgeschlagen. Ganz allgemein ist der Richter berechtigt, den Vollzug der Strafe für eine Probezeit auszusetzen. Besonders gefährliche Gewohnheitsverbrecher können durch Richterspruch in eine zeitlich begrenzte staatliche Verwahrung genommen werden. Grundsätzlich geschieden wird zwischen kriminellem Unrecht einerseits und polizeilichem Unrecht andererseits. Demzufolge ist für Uebertretungen, die grundsätzlich nur mit Geldstrafe geahndet werden, ein besonderes Buch vorgeschlagen, das sowohl die allgemeinen Regeln, wie auch einen besonderen Teil hierfür enthält. Die Regeln über den Strafvollzug sind aus den Beschlüssen der Strafrechtskommission im wesentlichen unverändert, jedoch mit dem Vorbehalt übernommen worden, daß ihre Durchführbarkeit angesichts der jetzigen Finanzlage nachgeprüft, und daß die Bestimmung über den eigentlichen Strafvollzug bei der Ausarbeitung eines Reichsgesetzes über den Strafvollzug in dieses zu übernehmen sei.

Das Zentrum für schärfere Besteuerung der Wanderlager.

Der Handels- und Gewerbeausschuß der Preußischen Landesversammlung hat einen Antrag der Zentrumsabgeordneten Dr. Tewes (Essen) und Steeger angenommen, der eine einheitliche Besteuerung der Wanderlager mit 1000 Mark pro Woche unter Ablehnung einer Differenzierung nach der Größe der Orte verlangt. Der Regierungsentwurf sah eine Erhöhung auf nur 300, 400 und 500 Mark vor. Außerdem wurde einstimmig folgende von den genannten Abgeordneten begünstigte Entschließung angenommen:

1. eine schärfere polizeiliche Ueberwachung der Wanderlagerunternehmer und der in den Wanderlägern angebotenen Waren zu veranlassen;
2. die höheren Verwaltungsstellen anzuweisen, Gesuche um Ausstellung von Wandergewerbescheinen auf das sorgfältigste zu prüfen und Anträge, die den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung und der Verordnung betr. Fernhaltung unzuverlässiger Personen nicht entsprechen, in allen Fällen abzulehnen;
3. Die Reichsregierung zu veranlassen, die jetzt geltenden Bestimmungen über die Erhebung der Umsatzsteuer dahin abzuändern, daß jedesmal sofort nach Beendigung des Wanderlagerbetriebes an einem Orte die Steuer von dem Pflichtigen eingetrieben wird.

Der Bremer Volksentscheid.

Bei der Volksabstimmung am 9. d. M. in Bremen über die Frage, ob der Senat zurücktreten solle, wurden 74 830 Stimmen mit ja und 100 554 Stimmen mit nein abgegeben.

Dieser Volksentscheid ist der erste in Norddeutschland. Voran ging die Münchener Volksabstimmung, bei der die bürgerlichen Parteien infolge der sozialistischen Machenschaften den Zurücktritt der roten Herrschaft im Münchener Stadtparlament nicht erreichten. Der Bremer Senat, der jetzt im Amte bleibt, besteht aus sieben bürgerlichen und sieben sozialdemokratischen Mitgliedern. Der Konflikt zwischen der Bürgerschaft, die eine sozialistische Mehrheit hat, und dem Senat kam dadurch, daß die Bürgerschaft die fristlose Aufhebung der Stadtwehr forderte, nachdem ihrer Forderung entsprechend früher bereits der größere Teil der Führerstellen der Stadtwehr beseitigt worden war. Es ist jetzt auf Grund des Volksentscheides die Neuwahl der Bürgerschaft zu erwarten. In der Zwischenzeit wird der Senat in der Frage der Stadtwehr einen Ausweg zu finden suchen. Auch das Reich ist bei der Bremer Stadtwehr stark interessiert.

Der Volksentscheid ist der erste Schritt zu der vom Reich verlangten Ordnung der Bremner Polizeifrage. Die Mehrheit hat sich gegen die sozialistischen Pläne ausgesprochen, die die Polizei durch revolutionäre Arbeiterbataillone ersetzen wollten, was natürlich bald zu einer neuen Diktatur des Proletariats geführt haben würde.

Gegen das Hebammengesetz.

Am 11. Januar sollte die Preußische Landesversammlung Beschluß fassen über den vom Abg. Dr. Schloßmann ausgearbeiteten Entwurf zu einem Hebammengesetz. Gegen diesen Entwurf sandte der Verband der christlichen Müttervereine in Groß-Berlin an den Präsideten und an das Büro der Preußischen Landesversammlung folgenden Protest ein:

Der Verband der christlichen Müttervereine in Groß-Berlin mit 33 angeschlossenen Vereinen und über 15000 Mitgliedern protestiert auf das entschiedenste gegen die Annahme des am 11. d. Mts. zur Verhandlung stehenden Hebammengesetzes.

Der Gesetzentwurf beschränkt die freie Hebammenwahl, die wir im Interesse der Frauen unbedingt fordern. Es widerspricht jedem Gerechtigkeitssinn, daß es der in Kindesnöten liegenden Frau verwehrt sein soll, eine Hebamme ihres Vertrauens zu Hilfe zu rufen, während jedem Kranken die freie Aerztewahl zusteht.

Die Frauen und Mütter unserer Organisation fordern, daß auch fernerhin in der Regel nur verheiratete und ortsansässige Frauen zum Hebammenstand zugelassen werden. Die Versetzung der Hebamme auch gegen ihren Willen, wie sie das Gesetz vorsieht, macht dies unmöglich.

Die vorgesehene Gebührenordnung ist für die Mehrzahl der Bevölkerung eine große Härte und wird die christlichen Frauen in den schwersten Gewissenskonflikt bringen. Wir protestieren gegen eine solche unsoziale Gesetzgebung, die der Familie und dem Staat in gleicher Weise zum Verderben werden muß.

Schließlich protestieren wir gegen dieses Gesetz im Interesse der uns Frauen und Mütter besonders nahestehenden Hebammen. Die Vorteile der festen Anstellung, die auch für die Hebammen wünschen, dürfen nicht aufgehoben werden durch Bestimmungen, wie sie dieses Gesetz vorsieht. Der verheirateten Hebamme ist durch die Versetzbarkeit fast die Möglichkeit genommen, Bezirkshebamme zu werden.

Bei der Anstellung und überhaupt in allen anderen Fragen ihres Berufes hat sie soviel vorgesetzte Behörden, wie kein anderer Stand. Es würden sich daraus unerträgliche Verhältnisse entwickeln, unter denen die Hebamme und ihre Berufsfreudigkeit am meisten zu leiden haben.

(Das Gesetz ist inzwischen durch Zusatzanträge des Zentrums in einem Sinne korrigiert und zur Annahme gelangt, der den berechtigten Wünschen Rechnung trägt.)

Der deutsch-englische Vertrag über das liquidierte Eigentum.

Der Vertrag enthält 15 Artikel. Die ersten Artikel betreffen das englische Vermögen. Zur Regelung der Zurückerstattung deutschen Eigentums soll in London eine deutsche Stelle errichtet werden. Auf Antrag über diese Stelle soll deutschen Privateigentümern ihr Hausrat, persönliche Gebrauchsgegenstände, Andenken und Handwerkszeug im Werte bis zu 500 Pfund zuzüglich der Lasten, die zur Erhaltung und Versicherung dieses Eigentums dienten, zurückerstattet werden. Anträge sind binnen sechs Monaten nach der von den parlamentarischen Körperschaften zu vollziehenden Vollziehung einzureichen. Deutschen Staatsangehörigen soll grundsätzlich zugestanden sein, bei der Versteigerung abgewickelten Eigentums mitzubieten. Im übrigen sollen die genannten Gegenstände ihnen zur Verfügung gestellt werden, auch wenn sie eigentlich durch das Ausgleichsverfahren hätten geregelt werden sollen. Obwohl nicht zu verkennen ist, daß gegenüber den Bestimmungen des Friedensvertrages durch dieses Abkommen für geringe Werte eine Milderung zugestanden worden ist, so ist dennoch das Notwendigste zur Wiedererstarkung unsers Wirtschaftslebens, zu dem auch die Freigabe des deutschen Eigentums im Auslande gehört, natürlich noch lange nicht erfüllt.

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

56) (Fortsetzung.)

„Daß es gut sein, Hilgen," erwiderte Lornsen mild. „Du bist ein Mann des Friedens und der Ruhe und kannst nicht aus deiner Haut. Ihr alle seid zu lange an Demut und unterthänigen Gehorsam gewöhnt, um wie Männer zu eurem Recht zu stehen und dem Unrecht und der Gewalt kühn die Stirn zu zeigen. In dem kleinen Buche da, das dir ein heilloses Verbrechen scheint, steht kein Wort, das der strengste Richter verurteilen möchte. Es ist nichts als eine ruhige, wahrhafte und wohlerwogene Betrachtung der Verhältnisse, eine Aufzählung der Dinge, wie sie eben sind; einfache Wahrheiten, die in wenigen Jahren jedes Kind wissen und sich nicht darüber wundern wird. Jetzt sind sie neu und ihre Wirkung ist groß. Es ist ein elektrischer Schlag, der bis in die Hütte dringt und in den Palästen wohl Aerger und Zorn aufwecken kann, aber davon darf man sich nicht fürchten. Ein Mann, der seinem Volke dienen will, muß darauf gefaßt sein, angefeindet, geschmäht, verkannt, verketzert und verfolgt zu werden."

„Aber, Jens," fiel Hilgen ein, „wenn du das alles weißt, so mußt du auch wissen, daß die Mächtigen immer willige Hände finden, die auf ihren Wink den Schwachen zerdrücken."

„Damit sie dies ferner nicht können, damit sie Rechte achten lernen, und Furcht bekommen vor Männern, die ihren Winken nicht dienen und ihre Bockungen verachten, muß man ihnen beweisen, daß ihre Macht ein Ziel hat und ein Ende erreichen kann."

„Ich habe es wohl gesagt," sprach Hilgen kopfschüttelnd, „du kannst nicht ruhen, nicht rasten und bist dazu bestimmt, deinen Freunden Leid um dich zu machen. Deine Mutter hatte so schöne Hoffnungen, wir alle glaubten deine Zukunft jetzt wohl begründet, du aber zerstörst deinen Frieden selbst, ohne zu bedenken, daß ein Halm sich im Sturm beugt, wenn die Eiche gebrochen wird."

„Dann, Hilgen, ist es immer besser, als Eiche zu fallen, wie als Halm fortzuleben," rief Lornsen. „Du siehst, wir werden uns nicht verständigen können, aber beruhige dich. Ich weiß, daß man langsam gehen muß, um sicher zu gehen. Beruhige meine Freunde, ich habe nichts zu fürchten. Wir wollen nichts als den Sinn des Volkes wecken, wir wollen es aus seiner jetzigen Verdumpfung reißen, es mit seinen Rechten bekannt machen, darum habe ich diese Schrift geschrieben und werde andere schreiben."

„Ja, das Schreiben und die Schreiber, das sind die, welche zumeist gehaßt werden," fiel Hilgen ein.

„Nun, hassen mögen sie mich so viel sie Lust haben," lachte der Vogt, „aber übel müßte es mit Richtern und Gesetzen aussehen, übel mit allem Recht auf Erden, wenn es ihnen möglich wäre, mir ein Haar zu krümmen. Laß es gut sein, Heinrich, so schlecht wie dein Glaube, ist der meine doch nicht."

Im Laufe einer Woche war Lornsens Buch durch die Herzogtümer verbreitet und seine Wirkung groß und allgemein. Ueberall wurden Versammlungen gehalten und Lornsen war in fortgesetzter Bewegung, um da und dort zu erscheinen, den Beratungen seiner Freunde beizuwohnen, Petitionen entwerfen zu helfen und den Beschlüssen Fassung zu geben. Von allen Seiten wollte man Vorstellungen an den König richten, er möge den Herzogtümern eine Verfassung verleihen, und nach Lornsens Darstellung der Landesrechte verlangte man, auf Grund der ewigen Verbindung Schleswigs und Holsteins gemeinsame Landstände, eine wahrhafte Volksvertretung, freie Wahlen und Anerkennung der alten Landesprivilegien.

Die Bewegung war so allgemein, daß man darüber vergaß, wie der Adel, bis auf sehr wenige patriotische Männer, sich ganz zurückhielt. Lornsen kam mit stolzen Hoffnungen nach Sylt zurück, er war seit langer Zeit nicht so froh gewesen.

Auf dem Wege nach dem Hause seines Vaters traf er den Pfarrer von Morsum, der ihm schon in der Ferne von seinem Klepper herab tiefe Verbeugungen machte und seinen breitkrämpigen Hut im weiten Bogen schwenkte. „Ich grüße den großmächtigen Vogt von Sylt," sagte er, „und bitte den gestrengen Herrn in Unterthänigkeit, dem armen alten Lorenz Leve immerdar gnädig zu sein."

„Was habt ihr wieder an Schwänken im Vorrat, alter Freund," erwiderte Lornsen lachend. „Schießt los und gebt heraus, was es ist!!"

„Nun," sagte der Pastor, „noch ist es im Kirchengebete nicht angeordnet, aber ich sehe dem Befehle alle Tage entgegen, für das lange Leben und die zeitliche und ewige Wohlfahrt des Regenten in Schleswig und Holstein zu bitten. Haben die freien Bürger in Belgien soeben einen Seidenhändler zu ihrem Regenten gemacht, warum sollen die freien Bürger in Holstein, die edlen und freien Friesen, Angeln und Sachsen nicht den tapferen und standhaften Vogt von Sylt dazu erheben?"

„Ich sehe allerdings keinen triftigen Grund dagegen, wenn es nötig sein sollte," erwiderte Jens; „es sei denn, daß man es vorzöge, den ehrwürdigen Lorens Leve zu wählen."

„Ehre, dem Ehre gebührt!" rief der Pfarrer. „Ich habe niemals Anlagen gehabt, ein Volkstribun zu werden, und unter allen Greueln, die je in der Welt geschahen, ist mir nichts greulicher, als die Geschichte der Volksführer und Bösewichte, die denn auch endeten, wie es die Gerechtigkeit verlangte. Ihre kurze Herrlichkeit schloß damit, daß man sie ins Gefängnis warf, verbannte, mordete oder, wie es sich gebührt, von Henkershand abtun ließ und dazu spürte ich nie die Lust, weiß auch nicht, wie ein vernünftiger Mensch überhaupt dazu Lust haben könnte. — Willst du deinen Vater besuchen, Jens Lornsen?"

„Ja, alter Freund."

„Wirst große Freude haben," fuhr Lorens Leve fort. „Es war ein Glück gestern im Hause, als die Kieler Wochen-Zeitung kam und die großmächtige Rede darin stand, welche du in Friedrichstadt gehalten. Wir hoffen, du wirst alles sammeln und drucken lassen: wird eine noch prächtigere Wirkung machen, wie das berühmte Werk über die Verfassung."

„Was ich nächstens drucken lasse," lachte Jens, „werde ich meinem Freunden Lorens Leve widmen, der eine Vorrede dazu schreiben soll."

„Alle Wetter, ja," schrie der Alte, „ich will eine Vorrede schreiben, die sich sehen lassen kann. Wie steht es aber mit den Hoffnungen? Mußt gute Geschäfte gemacht haben, Jens, gut gearbeitet haben im Weinberge des Herrn; denn deine Augen leuchten so hell und stolz, als wären alle Holsten und Dithmarschen schon auf den Beinen, um sämtliche Dänen zu ersäufen und niederzuschießen."

So ging das Gespräch fort, bis die beiden Männer das Haus des alten Kapitäns erreicht hatten.

„He aber Lornsen," sagte der Pfarrer, „hier bringe ich euch euren Erstgeborenen mit Lorbeerkränzen geschmückt; seht zu, daß keine Dornenkrone daraus wird, wie es sich schon oft ereignet hat."

„Ei" erwiderte der alte Mann lächelnd, „ihr müßt nicht vergessen, Lorens Leve, daß der Erlöser auch eine Dornenkrone trug." Er wandte sich zu seinem Sohne, sah ihn ernsthaft in die Augen und sprach dann: „Denke, du weißt, was du tust, Jens."

„Ja, Vater, denke, daß ich es weiß," erwiderte dieser.

„Bist ein Mann, der im Sturme das Steuer festhält. Weißt auch, daß der Sturm nahe ist?"

„Möglich, daß er kommt, ehe man es denkt, Vater, aber für jetzt ist Wind und Wetter gut und alles in Ordnung."

„Und dein Schiff, ist es so dicht und klar, daß es den Nordwest aushalten kann?"

„Ich glaube es," sagte Lornsen. „Es ist nichts Unrechtes an Bord. Was geschehen ist und geschieht, verheißt eine gute Fahrt, und wo der ernste Wille ist, Vater, für Pflicht und Ehre einzustehen wie ein Mann, kann man ruhig abwarten, was kommen wird."

„Recht, Jens," sprach der Kapitän; „so fahre deinen Kurs und halte aus, wie du denkst, daß es sein muß. Bist im Amtshause gewesen?"

„Nein, Vater."

„Hat jemand nach dir hier gefragt. Ein paar Fremde sind hierher gekommen, weiß aber nicht, ob es die sind, die in einer Schlupp vor einigen Stunden ans Land gestiegen sind."

„Wo sind sie denn?" fragte der Vogt.

Der Kapitän hob den Finger auf und deutete auf die Tür des Hauses. Lornsen sah sich um und eine jähe Röte bedeckte sein Gesicht. Eine Dame im dunkeln Mantel, den blanken Taffethut hoch aufgeschlagen, stand auf der Schwelle neben seiner Mutter. (Fortsetzung folgt.)

Eine neue Brandrede.

Paris, 13. Jan. Kammer und Senat haben am 11. Januar ihre Beratungen wieder aufgenommen. Raoul Peret wurde wiederum zum Präsidenten gewählt. Im Senat, der seinen Vorstand morgen wählen wird, benutzte der Alterspräsident Denis die herkömmliche Eröffnungsrede, um unter lebhaftem Beifall wiederum festzustellen, daß Deutschland den Krieg entfesselt habe, daß es verantwortlich sei für die 20 Millionen Opfer und für die ungeheure Vergeudung unzähliger Milliarden. Daher müsse Frankreich als vorgeschobener Wachtposten der zivilisierten Welt die Pflicht erfüllen, die ihm auferlegt sei. Frankreich dürfe kein zu kleines Heer unterhalten und müsse, wenn Deutschland nicht zahle, was es als Entschädigung zu zahlen habe, eine energische Politik betreiben.

•

Einer der größten Befürworter der Theorie von der deutschen Kriegsschuld, Lloyd George, hat vor einigen Wochen in öffentlicher Rede bekannt, der Krieg sei etwas gewesen, in das die Welt hineingetaumelt sei (s. Nr. 4: Jetzt darf man ehrlich sein). Dieses Bekenntnis räumt an einer Stelle, die sich der größten Hetze gegen Deutschland befleißigt hat, mit dem weltverseuchenden, völlig unbewiesenen Schuldgerede in Bezug auf Deutschland auf. Die Welt hat ein Recht, von derartigem Geschwätz, das sich wie ein Nebel um ihre Sinne legt, endlich befreit zu werden. Wir Deutsche verlangen, daß der ungeheuerlichsten Ehrabschneidung endlich Einhalt getan wird. Europa stehe vor so unendlich bitteren Notwendigkeiten, daß nicht länger der schmerzliche und ungerechte Riß in seinem Gesamtbild, den der Haß und die Lüge mit fiebrigen Fingern verbreitern, hingenommen werden darf.

Die amerikanische Anleihe für Bayern.

London, 13. Jan. Der Münchener Vertreter des Daily Telegraph berichtet seinem Blatte über Verhandlungen des bayerischen Finanzministers mit einem amerikanischen Finanzmann, die sich auf eine Anleihe in den Vereinigten Staaten beziehen. Der Ertrag dieser Anleihe soll zum Ausbau der Wasserkraftgewinnung aus dem Walchensee und dem Mittellauf der Isar dienen. In Finanzkreisen spreche man von einem Anleihebetrag von 20 Milliarden Mark, was übertrieben hoch erscheint, da die Baukosten des genannten Werks auf etwa 1 Milliarde geschätzt worden sind. Dem Blatt erscheint die Tatsache politisch wie wirtschaftlich als höchst bedeutsam, daß den Vereinigten Staaten ein Angebot auf hypothekarische Verpfändung der bayerischen Wasserkraftgewinnung gemacht worden sei. Auch englisches Kapital sei an diesem Projekt interessiert und trete als Wettbewerber auf. Die amerikanische Interessentengruppe verlange eine Anleiheverzinsung von 7 Prozent, während sich die englische mit 5½ Prozent begnügen wolle. Der Daily Telegraph deutet an, daß der bayerische Finanzminister von diesen Verhandlungen den Reichsfinanzminister nicht unterrichtet habe, was wenig glaubwürdig erscheint.

Zum Austritt Amerikas aus dem Völkerbund.

Paris, 14. Jan. Ueber den Schritt der amerikanischen Regierung erklärte kürzlich der amerikanische Botschafter Wallace den Vertretern der Presse: Die Vereinigten Staaten hätten nur an der Botschafterkonferenz teilgenommen, um die Fragen zu verhandeln, die sich aus dem Waffenstillstand ergeben, und um sich auf dem Laufenden zu halten über die Entscheidungen, die die Ausführungen des Friedensvertrages von Versailles betreffen. Da die meisten Fragen des Waffenstillstandes geregelt sind und da andererseits die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag von Versailles nicht ratifizierten, erscheine ein weiteres Verbleiben Amerikas in der Konferenz nicht angebracht. Keine geheime Spezialabmachung habe den Konflikt herbeigeführt. Der Botschafter fügte noch hinzu, er sei der Ansicht, daß die aus dem Friedensvertrag hervorgegangenen Verpflichtungen erfüllt werden müßten. Nach dem „Petit Journal" habe der Botschafter nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht, zweifle aber nicht daran, daß seine Regierung die von Deutschland durch den Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen für bindend halte.

•

Nach allem kann nur angenommen werden, daß es sich bei dem Austritt Amerikas aus dem Botschafterrat um einen formellen Akt handelt, dem kein Rückschluß auf Veränderungen in der diplomatischen Lage entnommen werden darf. In Verfolg der für die amerikanische Politik einzig maßgebenden Monroelehre von der Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten, die Wilson mit seiner Kriegsbeteiligung aufs empfindlichste verletzt hat, schraubt sich die amerikanische Diplomatie auf den Punkt zurück, der vor dem Kriege unangetasteten Prämisse war. Liquidation der während des Krieges gegangenen Abwege, weiter nichts!

Kinder in Not!

Willst Du fehlen mit Deiner Gabe?

Deutsche Kinderhilfe.

Hochwasserschäden und Reichsnotopfer.

Abg. Kley (Neuwied) Zentr., hatte in der Preußischen Landesversammlung an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob die Hochwasserschäden bei der Einschätzung zum Reichsnotopfer in Anrechnung gebracht werden könnten. Darauf ist soeben folgende Antwort eingelaufen, die für alle Hochwassergeschädigten, aber auch für andere Kreise, von großer Bedeutung ist:

Da im Gesetz über das Reichsnotopfer der 31. Dezember 1919 als Stichtag festgesetzt ist, so wird das der Veranlagung zugrunde zu legende Vermögen durch alle Schäden, die vor diesem Zeitpunkt eingetreten sind, insoweit gemindert, als für die Schäden kein Ersatz gewährt wird. Die Minderung des Vermögens ist in der Steuererklärung zum Ausdruck zu bringen und kann, auch wenn dies versäumt worden ist, im Rechtsmittelwege geltend gemacht werden. Sind die Schäden erst nach dem 31. Dezember 1920 eingetreten, so berühren sie die nach dem Vermögensstande dieses Tages vorzunehmende Veranlagung an sich nicht. Wenn jedoch der Steuerpflichtige nachweist, daß sein Vermögen sich gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1919 infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle um mehr als den fünften Teil vermindert hat, so gibt ihm § 57 dieses Gesetzes das Recht, zu beantragen, daß die Abgabe nach dem auf einen bestimmten späteren Termin neu festzustellenden Vermögen bemessen wird. Sofern die Auskunft nicht für ausreichend erachtet werden sollte, wird auf entsprechenden Wunsch eine Entscheidung der maßgebenden Reichsstelle hierüber herbeigeführt und mitgeteilt werden.

Abg. Kley hat, wie wir hören, bereits die nötigen Schritte getan, daß im Sinne des letzten Satzes sofort verfahren wird.

Die Lage der amerikanischen Industrie

verschlimmert sich nach New Yorker Meldungen fortgesetzt. Sowohl in der Textilindustrie als auch in den Fleischkonserven- und Eisenverarbeitungsfabriken, in Werken des Stahltrusts usw. mehren sich die Betriebseinstellungen und Arbeiteraussperrungen. Die Zahl der Erwerbslosen in den Vereinigten Staaten wird zurzeit auf über 2 Millionen geschätzt. Hieraus erklärt sich auch die Forderung weiter amerikanischer Kreise, insbesondere der organisierten Arbeiterschaft, nach einem Einwanderungsverbot, um den Zustrom billiger, fremder Arbeitskräfte einzudämmen.

So kanns kommen, wenn man hetzt.

Wir lesen in der Germania folgendes Geschichtchen: Am Heiligabend war, wie bereits gemeldet, von einem Magistratsauto, in dem die Stadträtin Frau Dr. Weyl saß, eine 68 Jahre alte Putzmacherin tödlich überfahren worden. Einige Blätter sind dieser Tage auf den Vorfall zurückgekommen, weil das Berliner Blatt der Unabhängigen in einer Karikatur gegen die Kreise gehetzt hat, die Auto fahren. Mit vollem Recht war gesagt worden, daß nach diesem bedauerlichen Vorfall vom Heiligabend die Freiheit zu schweigen hätte, wenn von Autoraserei gesprochen wird.

Durch die Magistratskorrespondenz entschuldigt sich jetzt Frau Dr. Weyl und erklärt, sie habe das Magistratsauto mit zwei andern Amtspersonen benutzen müssen, um zu einer Weihnachtsfeier zu gelangen, der sie in ihrer Eigenschaft als Stadträtin beiwohnen mußte und deren Beginn sie sonst nicht erreicht hätte. Ferner meint sie, sie hätte das Auto des Magistrats mit demselben Recht benutzt wie früher und jetzt andere Magistratsmitglieder. Das würde stimmen, wenn sie und ihre sozialistischen Mitdilettanten auch dasselbe leisten würden wie die früheren. Im übrigen aber sind gerade die konzessionierten sozialistischen Nörgler mehr wie irgend einer verpflichtet, das zu vermeiden, was sie früher kritisiert haben? Oder ist die Kritik nur zur Agitation da?

Aus Nah und Fern.

Köln, 13. Jan. Von durchaus zuverlässiger Seite wird der „Volksmacht" geschrieben: Eine 22jährige Dame, die am Donnerstag abend ihren Bruder im Justizgebäude aufsuchen wollte, wurde am Appellhofplatz durch ein plötzlich ihren Weg kreuzendes Auto überrascht und erschreckt. Die beiden männlichen Insassen amüsierten sich über die erschrockene junge Dame. Als sie nach dem Besuch im Justizgebäude sich der Langgasse zuwenden wollte, drängte sich ihr ein großer Herr im Pelzkragen (einer der Insassen des Autos) als Begleiter auf. Die Dame verbat sich die Begleitung des Unbekannten, machte eine Besorgung in der Krebsgasse und begab sich dann gegen 7 Uhr abends auf den Heimweg, der sie über die Hohe Straße, Am Hof und Domhof führte. Auf dem Domhof fuhr ihr abermals das gleiche Automobil, das ihr offenbar gefolgt war, in den Weg. Diesem entstieg der vorher abgewiesene Unbekannte, der sie am Arme und im Nacken faßte und mit Gewalt in den Kraftwagen zu drängen suchte. Der glückliche Umstand, daß die Wagentüre inzwischen zugeschlagen war und die Dame sich mit aller Energie dem Bestreben des Unbekannten widersetzte, verhinderte dessen Absichten. Der Unbekannte bestieg wieder das Auto und konnte, begünstigt von der am Domhof herrschenden dürftigen Beleuchtung, ungestört entkommen, nachdem er dem Chauffeur „Nach Bonn" zugerufen hatte. Als die Dame heimgekehrt war, fiel sie in einen tiefen Schlaf. Offenbar war der Versuch gemacht, die Dame durch Betäubungsmittel gefügig zu machen, durch die Aufregung und Geistesgegenwart wurde das Betäubungsmittel nicht sogleich wirksam. — Der obige neue Fall sollte weiblichen Passanten zur nachdrücklichen Warnung dienen, abgelegene oder dunkle Straßenteile zu meiden oder nur in Begleitung zu begehen.

Köln, 14. Jan. Die Rheinlandkommission hat kürzlich, wie die Cologne Post meldet, eine Verordnung zur Unterdrückung von Ausspähungen jeder Art im besetzten Gebiet erlassen. Es kann danach auf lebenslängliche Einkerung wegen dieser Straftat erkannt werden.

Lennep, 13. Jan. Ein schwerer Schicksalsschlag traf die Familie der Witwe Wilhelm Bomers von hier. Nachdem drei Söhne im Kriege geblieben sind, starb am Samstag der letzte Sohn, der Steiger Ferdinand Bomers, an den Folgen eines Bergwerksunglücks. Der so schwer heimgesuchten Familie, die in Kupferdreh wohnt, bringt man auch hier allgemein wärmste Teilnahme entgegen.

Hamm, 14. Jan. Für den Wahlkreis Münster-Minden (Westfalen-Nord) wurden als Kandidaten aufgestellt: 1. Landesökonomierat Herold (Gut Loevelinkloe bei Münster i. W.); 2. Abg. Frl. Lehrerin Giese (Münster i. W.); 3. Arbeitersekretär Abg. Stieler (Gladbeck i. W.); 4. Staatssekretär Abg. Domkapitular Professor Wildermann (Münster); 5. Bauunternehmer Köthenbuerger (Paderborn); 6. Gutsbesitzer Papen (Bochum); 7. Abg. Brust (Buer i. W.); 8. Kreisschulrat Abg. Kamp (Münster); 9. Präsident des Landes-Finanzamtes Abg. Schmedding (Münster); 10. Genossenschaftssekretär Metzinger (Buer i. W.); 11. Landwirt Rönig (Beverungen), 12. Kaufmann und Fabrikant Kaiser (Bielefeld).

Zur glatten Abwickelung des Verkehrs mit unserem Leserkreis sei darauf hingewiesen, daß nur die Expedition (geöffnet 8—12 und 2—7 Uhr) mit Anzeigen zu tun hat. Anzeigenannahme für den folgenden Tag unbedingt bis 5½ Uhr.

Verordnung.

Auf Grund des § 73a der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 (R. G. Bl. S. 1021) wird bestimmt:

§ 1. Als Schrotmühle im Sinne dieser Verordnung gilt ohne Rücksicht auf die Bezeichnung jede nicht gewerblich betriebene Mühle und sonstige Vorrichtung, die zum Mahlen, Schroten oder Quetschen von Getreide geeignet ist, mag sie für Hand- oder Kraftbetrieb eingerichtet, beweglich oder fest eingebaut sein.

§ 2. Die Benutzung der Schrotmühlen zur Verarbeitung von Brotgetreide (Roggen, Weizen, Spelz-Dinkel, Hefen, Emer, Einkorn) ist untersagt.

Andere Früchte, der im § 2 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 (R. G. Bl. S. 1021) bezeichneten Arten dürfen nur zur Herstellung wirtschaftlich notwendigen Futterschrots und nur mit schriftlicher Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde in Schrotmühlen verarbeitet werden. Die Genehmigung ist nur dann zu erteilen, wenn besondere Gründe die Benutzung der Schrotmühle rechtfertigen.

Der Antrag muß unter Darlegung der Gründe schriftlich gestellt werden und hat die Menge und die Art der zu verarbeitenden Vorräte zu enthalten.

Die Genehmigung muß den Namen des Unternehmers die Menge und die Art der zu verarbeitenden Früchte sowie den Zeitpunkt, bis zu dem die Genehmigung erteilt ist, enthalten.

Die untere Verwaltungsbehörde hat dafür Sorge zu tragen, daß die vom zuständigen Kommunalverband auf Grund der Reichsgetreideordnung zur Ueberwachung der Selbstversorger erlassenen Bestimmungen innegehalten werden und daß der Betrieb des Antragstellers während der Dauer der Bewilligung möglichst einer sich periodisch wiederholenden Kontrolle unterzogen wird.

Die untere Verwaltungsbehörde kann die Durchführung der Bestimmungen im Absatz 1 bis 5 durch Anlegen von Siegeln oder sonstige geeignete Maßregeln sichern.

§ 3. Es ist verboten:

1. Schrotmühlen mit Sichtvorrichtungen oder Sichtvorrichtungen, die zur Anbringung an Schrotmühlen geeignet sind, im Reichsgebiet abzusetzen;
2. in Briefen oder sonstigen geschäftlichen Mitteilungen Schrotmühlen mit Sichtvorrichtungen oder Sichtvorrichtungen, die zur Anbringung an Schrotmühlen geeignet sind, anzubieten oder anzupreisen, es sei denn, daß das Angebot oder die Anpreisung lediglich zum Absatz nach dem Auslande erfolgt;
3. ohne vorherige Genehmigung der Polizeibehörde des Ortes der gewerblichen Niederlassung oder, in Ermangelung eines solchen, des Wohnortes des Anzeigenden Schrotmühlen mit Sichtvorrichtungen oder Sichtvorrichtungen, die zur Anbringung an Schrotmühlen geeignet sind, in periodischen Druckschriften oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, anzubieten oder anzupreisen.

Die Verleger periodisch erscheinender Druckschriften sind verpflichtet, die Unterlagen für die erscheinenden Anzeigen (Abs. 1 Nr. 3) auf die Dauer von mindestens drei Monaten aufzubewahren. Eine Prüfungspflicht dahin, ob die Anzeigen dem Verbot im Abs. 1 Nr. 3 zuwiderlaufen, liegt den Verlegern sowie den bei der Herstellung und Verbreitung der Druckschriften tätigen Personen nicht ob.

Der Staatskommissar für Volksernährung kann Ausnahmen von dem Verbot im Absatz 1 zulassen.

§ 4. Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die sich im Besitz einer Schrotmühle befinden, sind verpflichtet, diese innerhalb einer Frist von zwei Wochen der unteren Verwaltungsbehörde zur Eintragung in ein Register anzumelden.

Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung eine Schrotmühle erwerben, sind verpflichtet, diese gemäß Abs. 1 innerhalb einer Frist von zwei Wochen von dem Tage ab anzumelden, an dem sie den Gewahrsam an der Schrotmühle erlangen.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung und gegen die auf Grund dieser Verordnung erlassenen Anordnung des Kommunalverbandes werden nach § 80 Abs. 1 Nr. 12 und § 81 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 bestraft.

§ 6. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 11. Dezember 1920.

Preußischer Staatskommissar für Volksernährung.
In Vertretung: **Dr. Hagedorn.**

Vorstehende Verordnung bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Neuß, den 10. Januar 1921.

Der Landrat: Freiherr von Lüninck.

Bekanntmachung.

Zur Deckung der aus Anlaß der Betriebsstoffzwangswirtschaft entstandenen Unkosten habe ich mich entschlossen, ab **1. Januar 1921** eine Gebühr von 2 Pfennigen für jedes abgerufene Kilogramm Benzin bezw. Benzol durch die Lagerhalter von den Verbrauchern erheben zu lassen.

Vorstehende Anordnung wird im Einvernehmen mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister erlassen.

Düsseldorf, den 23. Dezember 1920.

Der Regierungspräsident.
In Vertretung. gez. **Lutterbeck.**

Bekanntmachung.

Auf dem Lager von **Peter Küppers** in Büttgen ist ein Waggon Weizenvollmehl eingetroffen, das zum Preise von 91,— Mark per Zentner Kleintierhaltern des Landkreises Neuß abgegeben werden kann.

Bestellungen sind umgehend an das Landratsamt zu richten, die Besteller erhalten hierauf Bezugscheine, gegen die das Weizenvollmehl von Küppers abgegeben wird.

Neuß, den 10. Januar 1921.

Der Landrat: Freiherr von Lüninck.

Bekanntmachung.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat für den Verkehr der Reichsfinanzbehörden mit Privaten angeordnet:

a) Die Annahme von ungenügend oder nicht freigemachten Postsendungen von Privaten ist grundsätzlich zu verweigern.
b) Schreiben von Privaten an Behörden, auf welche eine Antwort erwartet wird, ist daher seitens des Antragstellers ein Freiumschlag mit vollständiger Anschrift beizufügen, widrigenfalls in allen Fällen, in denen es sich lediglich um ein privates Interesse des Empfängers handelt, ein Bescheid grundsätzlich nicht erfolgt.

Neuß, den 12. Januar 1921.

Hauptzollamt.

„Friesen-Palast"

das erste und führende

Variété-Theater Kölns

Friesenplatz 23, Fernspr. A. 6651 — am Hohenzollernring Fernsprecher B. 2719.

Haltestelle der Elektr. Bahnlinien 3, 4, 5, 6, 16, 17, 18.

Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung

mit dezentem Familien-Programm.

An Wochentagen:

Kassenöffnung: 5 Uhr; Einlass: 6½ Uhr; Konzertbeginn: 7; Vorstellung: 7½!

An Sonn- und Feiertagen:

Kassenöffnung: 3 Uhr; Einlass: 5 Uhr; Konzertbeginn: 5½ Vorstellung: 7 Uhr.

Für den Bezirk:

Hinterfeld, Kleinstep und Broicherdorf

suchen wir zum **1. Februar** eine **zuverlässige Person** (Frau oder Halbinvalide) als

Zeitungs-Bote.

Meldungen umgehend an die

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Jahrgang 1920 des St. Quirinusblattes

ist, in hübschem Einband, zum Preise von

Mk. 16.— pro Band

zu beziehen von der **Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß,** Niederstraße 46.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie jede

Läuse-Plage

auch Flöhe mit Brut (Nissen) d. Mensch. u. Tier m. m. pat. gesch. Mittel „Ekolda". Für Wunden u. Haar unschädl. Ekolda B Radikalmittel gegen Wanzen. Ähnlich klingende Anpreisungen weise man als Nachahmung zur. Herstell.: Erste Westd. Ungezief.-Vertilg.-Anstalt, Essen. Zu haben in Neuß: Friseur Bossen, Oberstraße 131.

Brennholz

für alle Zwecke, namentlich **Hartholz auf Ofenlänge** empfehlen und liefern prompt

Offenbach & Wilkens, Köln, Kohlen- und Brikettgroßhandlung, Fernspr. A 1005.

In 1 Std. u. Garantie vernichten Sie Flöhe, Kopf-, Kleider-, Filz-

Läuse

f. Brut (Nissen) d. Mensch u. Tier mit „Kampolda" ges. gesch. Wund. unschädl. Vert. Frl. J. Bürvenich Kapitelstraße 10.

Gold, Silber Platin

Bruch und Barren ausl. Gold- und Silbermünzen kauft zu höchsten Preisen

Theo Nießen

Edelmetallschmelze Canalstr. 61, I. Eig. Tel. 577.

A. SCHAAFFHAUSEN'SCHER BANKVEREIN A. G. NEUSS

MARKT 12. FERNSPRECHER 954, 955, 956

GEGRÜNDET 1848. AKTIEN-KAPITAL u. RES. M. 115 000 000.

AUSFÜHRUNG ALLER BANKMÄSSIGEN GESCHÄFTE.

Küchen-Tische massiv Buche M. 225.–

Tische mit Wachstuch 250.–

Ausziehtische von M. 450.– an

Stühle in div. Formen zu billigst. Preisen.

Möbel-Ausstattungs-Haus

Tückingstrasse 2.

WEINGROSSHANDLUNG LUDWIG OEBBEKE NEUSS a/Rh.

Fernsprecher Nr. 1351.

Zerriss. Papiersäcke

alte Schriften, sowie sonstige Papier- und Pappenabfälle kauft zu guten Preisen und läßt abholen

Josef Heckhausen

Cölnerstr. 5. Tel. 716.

Bei der Abonnementsbestellung

bezw. **am Anfange des Monats** bitten wir den Abonnementsbetrag gegen Quittung unsern Boten auszuhändigen. Zur Vereinfachung der Buchungen und glatten Abwickelung der Geschäfte müssen unsere Boten alle Abonnementsbeträge bis 15. jeden Monats in unserer Geschäftsstelle abliefern und bitten wir die geschätzten Abonnenten jedenfalls vorher den Betrag den Boten zuführen zu wollen.

Preis für den Monat in Neuß durch Boten in's Haus gebracht Mark 5.00.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Geschäftsstelle Niederstr. 46.

Ziehung 29. Jan. 1921.

Große Kölner Lotterie

zum Bau des Lehrer-Erholungsheims zu Stromberg.

110000
50000
30000
20000
10000

Lose zu 2.40 M.

Porto und Liste 50 Pfg.

Eine feine Banknotentasche mit **5 Losen 12 M.**

10 „ 24 „

verschiedene Tausend

Porto und Liste 1 M. mehr empfiehlt und versendet

Amtenbrink

Bankhaus - Köln a. Rh.

Lose erhält i. a. Lotteriegesch.

Zahnpulver Zahnpasta „23"

Blendend weisse, gesunde Zähne.

Drogerie: W. Becker
Drogerie: Hans Krings.

Seiden. Brautschleier

mit Kranz zu verkaufen. Zu erfr. in der Exped.

2 junge Anspannochsen u. ein 1½jähr. Rassefohlen hat abzugeben Ewinghoven Nr. 65.

Möbel

kauft man immer noch in bester Ausführung u. Qualität preiswert beim

Schreinermeister Jos. Hildrath, Nr. 12 Clarissenstr. Nr. –